

Erkennet täglich außer Montag... Preis 2,50 Mark, monatlich 7,50 Mark...

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehnpätrige Zeit...

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. B. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 15. Dezember 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Glossen zur Rechtsprechung.

Was ist Recht? Nach akademischer Lehre soll das gesetzliche Recht der Ausdruck der im Volke zum Bewusstsein gekommenen Rechtsüberzeugung sein...

Beleidigungsprozesse zu erinnern; in den Augen vieler Richter stand die Person Bismarcks fast übergöttlich da, und ein beleidigender, oder auch nur unehrlicher Ausbruch gegen ihn war schon ein Zeichen höchst verwerfener Gesinnung...

Die selten kommt es vor, daß aus den Kreisen der Gebildeten jemand wegen Beleidigung eines Arbeiters zu Gefängnis verurteilt wird, und doch fehlt es an derartigen Fällen gewiß nicht...

erkannte, daß die Annahme des Schöffengerichts, der Angeklagte habe die Verwaltung des "Betrugs" befehligt, unbegründet sei. Was mag das Gericht zu der hohen Strafe bewogen haben?

Den Grund für Veranlassung von Vergessen wird in der gegenwärtigen Zeit des sozialen Unfriedens jeder Unparteiische vor allem mit darin finden müssen, daß sie dazu dienen sollen, das Selbstbewußtsein einer Volksschicht zu heben...

Erwägt man dies, so springt ohne Weiteres ins Auge, daß der Angeklagte als Vertreter der sozialdemokratischen Presse die gegründetste Veranlassung hatte, gegen solche Feste anzukämpfen...

Wenn nun aber der Angeklagte, anstatt diese seine wahren Ziele offen und ehrlich zu bekennen, den Kampf in der Weise führt, daß er eine Grubenverwaltung verdächtigt...

Wir wissen nicht, denn aus dem Erkenntnis ist es nicht ersichtlich, ob der Kläger ein Konfessionsgenosse des Herrn Löwe ist. Aber ein Jahr Gefängnis ist nicht zu viel für die bloße Verdächtigung seiner edlen Gesinnung...

Doch nicht um diesen Vergleich ist es uns zu thun. Wir nageln nur die Anschauungen fest, auf Grund deren der Richter sein Urtheil aufbaut. Die Unternehmer gehen mit ihren Veranstaltungen für die Arbeiter von dem Gedanken aus, das Selbstbewußtsein der Arbeiter zu heben...

Feuilleton.

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Sie dachte an ihre Mutter, von der sie nie zu einem sprach. Es war eine verführte Gouvernante gewesen, die in Paris ihre Ausbildung erhalten hatte...

der Vierpennig-Zigarren füllte die Gaststube. Madeleine fing zu husten an und fragte: "Wollen wir nicht hinausgehen?"

Das Mahl war noch nicht beendet. Der alte Duroy zog ein unzufriedenes Gesicht. Da erhob sie sich und setzte sich draußen vor der Thür auf einen Stuhl und wartete...

Georges suchte sie bald auf. "Wollen wir zur Seine hinunterlaufen?" sagte er.

Sie ging freudig auf seinen Vorschlag ein: "Ach ja! Gehen wir hin!"

Sie stiegen den Berg hinab, mieteten in Croisset ein Boot und verträumten den Rest des Nachmittags unter dem Schatten der Weiden am Rand einer Insel...

Bei sinkender Nacht lehrten sie heim. Die Abendmahlzeit, die beim Licht einer Kerze eingenommen wurde, war für Madeleine noch peinlicher als das Mittagbrod...

Auf der grauen Zimmerwand malte das schwache Licht Schatten mit ungeheueren Nasen und maßlosen Bewegungen ab. Zuweilen, wenn sich einer etwas zur Seite wandte...

Kaum war das Essen hinunter, so zog Madeleine ihren Mann ins Freie, nur um nicht länger in dem düsteren Gemach zu bleiben, wo es beständig scharf nach alten Pfeifen und vergifteten Getränken roch.

"Nicht wahr, Du langweilst Dich schon?" fragte er, sobald sie draußen waren.

Sie wollte es bestreiten. Er ließ sich aber nicht irre machen: "Nein, nein! Ich sah es Dir ja an. Wir können morgen schon heimreisen, wenn Du willst."

"Ach ja, ich will, flüsterte sie.

Sie wandelten langsam dahin. Die Nacht war mild, und ihr tiefes, schuschüchtes Dunkel schien voller leiser Geräusche, voller Säuseln und Knistern...

"Wo sind wir?" fragte sie.

"Im Walde," erwiderte er.

"Ist er groß?"

"Sehr groß, einer der größten im ganzen Lande."

Es roch nach Erde, Bäumen und Moos. In dem Gange schien der frischdampfige Geruch dichter Wälder zu ruhen, der den Saft der Knospen und dem todtten, schimmelnnden Gras der Gebüsche entströmte.

Madeleine blickte empor und sah die Sterne durch die Wipfel schimmern, und obwohl kein Hauch die Zweige bewegte, fühlte sie doch das leise Zittern dieses Blätterozeans um sich.

Ein sonderbarer Schauer drang in ihre Seele und ließ ihr über die Haut; unbestimmte Angst schnürte ihr das Herz zusammen. Weshalb? Sie mußte es nicht. Aber ihr war zu Muthe, als müsse sie ertrinken, als sei sie verloren, von Gefahren umringt, von allen verlassen, allein auf der Welt unter dem zitternden Blätterdach dort oben.

"Ich fürchte mich ein wenig," flüsterte sie. "Laß uns umkehren!"

"Gut, kehren wir um."

"Und... reisen wir morgen nach Paris?"

herescht, kann man juristisch nicht mehr ankämpfen, kann man aber auch nicht mehr von richterlicher Unbefangenheit sprechen. Es ist mit solcher Anschauung nicht möglich, einem Sozialdemokraten gegenüber, oder auch überhaupt in Konflikten, welche die Stellung von Unternehmern und Arbeitern zu einander betreffen, Recht zu sprechen. Wo der Richter im sozialen Kampf vollständig den Standpunkt der einen Partei sich zu eigen gemacht hat oder so vollständig mit ihm verwachsen und von ihm durchdrungen ist, da ist der Angeklagte, der eine gegenwärtige Stellung einnimmt, in derselben Lage wie im Bürgerkriege der Besiegte, der sich vor dem Standgericht zu verantworten hat. Der Richter mag noch so sehr von seinem Recht überzeugt sein, er mag das Streben haben, höchste Gerechtigkeit zu üben, aber sein Urtheil bleibt ein parteiisches, ist an die Anschauungen einer Partei gebunden. Eine Besserung ist hier nur zu erwarten mit der Umgestaltung des Staatswesens, auf welchem die Rechtspflege beruht. Der Klassenstaat erzeugt Klassenjustiz; nur auf Grundlage des die Gleichheit aller anerkennenden Gemeinwesen kann die Gerechtigkeit zur Geltung kommen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 14. Dezember.

Im Reichstag vollzog sich heute insofern eine Klärung der Stellung der Parteien zur Militärvorlage, als der Redner des Zentrums, Dr. Lieber, für sich und seine Partei, ohne Rückhalt sich für die Aufrechterhaltung der Grundzüge, wie sie in den bekannten Windthorst'schen Resolutionen aufgestellt sind, aussprach und jedes Dinggehen darüber bestimmt und rundweg ablehnte.

Das Zentrum ist also für keine Erhöhung der Friedenspräsenz zu haben und nur für Erhöhung der Ausgaben, so weit dieselben durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bedingt sind.

Mit dieser Erklärung der ausschlaggebenden Partei ist das Schicksal der Militärvorlage entschieden.

Was wird nun folgen?

Wird die Regierung den Reichstag auflösen? Nachdem auch nicht eine einzige Partei sich für die Vorlage in ihrem vollen Inhalte ausgesprochen — sogar Herr v. Stumm sprach nur im Namen eines Theils seiner Freunde — hätte eine Reichstagsauflösung nur dann einen Sinn, wenn es richtig ist, was allerdings in sehr weiten Kreisen angenommen wird, daß Caprivi regierungsmüde ist, und in einer Wahl-niederlage den erwünschten Vorwand für seinen Abgang sucht. Diese Eventualität hat wohl auch die Redner des Zentrums und der freisinnigen Partei, Dr. Lieber und von Stauffenberg, bestimmt, ihre ablehnenden Voten in möglichst verbindliche Formen für den derzeitigen Kanzler einzukleiden. Beide Redner hoben besonders hervor, daß die von Weinigen betonte Mißstimmung im Volke die Nachwirkung des Bismarck'schen Regiments sei, das sich jetzt im ganzen Umfange fühlbar mache.

Herr von Mantuffel machte heute einen wiederholten Versuch, die Antisemiten von den Rechtschönen der konservativen Partei abzuschütteln. Die bei dieser Gelegenheit zum besten gegebenen Vetheuerungen des konservativen Führers, daß die konservative Partei es stets vermeiden werde, Demagogie zu treiben, und daß dieselbe ihre Abstimmung nie von der Gewährung von Konzessionen werde abhängig machen, wurden vom Hause mit der, solichem Schmalz gebührenden Heiterkeit aufgenommen. Der Reichskanzler betonte wiederholt seine ablehnende Haltung gegen den Antisemitismus, sprach aber kein Wort mehr von der Militärvorlage. Diese ist einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Eine sehr lebhaft diskutierte Inzipie sich an den Antrag Liebermann's von Sonnenberg, das gegen den Abgeordneten Ahlwardt schwebende Verfahren einzustellen. Die den Abgeordneten Richter auszeichnende Unzulässigkeit politischen Segnens gegenüber, zeigte sich bei dieser Gelegenheit wieder in ihrer nackten Brutalität. Obwohl von den Abgeordneten Stadthagen und Bödiker Fälle vorgebracht wurden, aus denen sich klar ergibt, daß beide Einwände, auf welche Richter seine ablehnende Haltung

flüht, nicht zutreffen, so gab er doch seinen Widerspruch nicht auf. Bödiker wies nach, daß der Reichstag 1878 bereits in einem ganz gleich liegenden Falle, wo der Abgeordnete Stödel sich in Strafbast befand und außerdem noch Untersuchungen gegen ihn schwebten, diese einstellen ließ, und Stadthagen verwies darauf, daß nach der Entscheidung des Reichsgerichts Verjährung nicht eintreten kann, sobald das Verdict vor Eintritt derselben Zustimmung des Reichstags zur Strafverfolgung beantragt. Lehnt auch der Reichstag den Antrag ab, so unterbricht derselbe doch die Verjährung. Mit diesen Darlegungen war für den Standpunkt des Herrn Richter und seiner Freunde jede Unterlage fortgenommen, trotzdem aber stimmte der ganze Freisinn, mit Ausnahme von Richter, Dr. Girsch, Rösche und noch etwa einem halben Dutzend für den Antrag Hartmann, welcher Ueberweisung an die Geschäftsordnungs-Kommission verlangte, was gleichbedeutend war mit Verschleppung des Einstellungsantrages, bis die 6 Monate rechtskräftig wären. Einmüthig für die Privilegien des Hauses traten das Zentrum, unsere Partei, sowie die Volkspartei und die anderen kleinen Gruppen ein. Es gelang denn auch per Hammelsprung mit 114 gegen 100 Stimmen den von freisinniger Seite inszenierten Versuch, ein verfassungsmäßiges Privileg des Reichstags zu durchlöchern, abzuweisen. Vielleicht erinnern die freisinnigen Wähler ihre Abgeordneten daran, daß Personenshaft und politische Unzulässigkeit recht schlechte Rathgeber sind. Das Verhalten des Herrn Richter und seiner Freunde in dieser Frage ist wirklich danach, daß man Liebermann von Sonnenberg nicht so Unrecht geben kann, wenn er die Vermuthung aussprach, der Freisinn scheine sich vor Ahlwardt zu fürchten. Herr Richter hat dem zwar sehr energisch widersprochen, aber gescheiter wäre gewesen, er hätte sich den Traditionen der Linken getreu, auch bei dieser Gelegenheit auf die Wahrung der Privilegien des Hauses beschränkt und den Versuch, dieselben zu durchlöchern, den verächtlichen Gesinnungsgenossen des Herrn Ahlwardt von der Rechten überlassen.

Ein Geschenkunter gegen den Verrath militärischer Geheimnisse ist dem Reichstage wiederum vorgelegt.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung vom 18. November neue Vorschriften für die steuerfreie Verwendung von nicht denaturirtem Branntwein zu Heil-, wissenschaftlichen und gewerblichen Zwecken mit der Maßgabe genehmigt, daß sie am 1. April 1893 in Kraft treten. Die Steuerfreiheit einer ganzen Anzahl alkoholhaltiger zu Heilzwecken geeigneter Präparate, wird dadurch beseitigt. Um aber zu verhüten, daß die Zeit bis zum 1. April zu massenhafter Produktion benutzt wird, ist eine im „Reichsanzeiger“ mitgetheilte Verordnung des Finanzministers an die Provinzial-Steuerdirektoren erlassen, für eine ganze Anzahl zu Heilzwecken geeigneter alkoholhaltiger Präparate, sowie für alle Liqueure etc. die steuerfreie Verwendung nichtdenaturirten Branntweins schon jetzt nicht mehr zu gestatten.

Mit einer Karte erweist sich die von uns gleich angezeigte Nachricht der „Schlesischen Zeitung“, daß der Berliner Magistrat angetroffen worden, die Wählerlisten für die Wahlen zum Reichstag bis zum 20. Januar fertig zu stellen.

König Stumm zeigte gestern, daß er nicht bloß Geheimer Kommerzienrath und Fabrikbesitzer, sondern auch Rittmeister a. D. der Landwehr ist, der selbst eine Schwadron geführt hat. Einen fehrlichen Huzarenritt machte er im Reichstage für die Militärvorlage. Gleich dem General v. Steinmeyr vertrat er dessen ökonomische Weisheit von der ökonomischen Befruchtung des Landes durch die Militärausgaben. Einen wirtschaftlichen Niedergang sieht er nicht, und überdies würde durch die Militärvorlage die Industrie einen günstigen Aufschwung nehmen. Die 60 oder 80 Millionen, die verlangt werden, seien jedenfalls weniger als die 10 Milliarden, die ein unglücklicher Krieg koste. Die Biersteuer bedauere er; aber es sei immer noch besser, wenn die Leute ihr Bier etwas theurer bezahlen, als wenn sie infolge eines unglücklichen Krieges überhaupt kein Bier mehr trinken könnten. Mit dieser Begründung könnte jede Militärvorlage, und wenn sie zehnfache Forderungen stellte, vertheidigt werden, und wenn die Mittel für dieselben aus der Vertheuerung der Lebens- und Genussmittel der großen

Masse des Volks genommen, haben Herr Stumm und seine Militärgenossen auch keinen Schaden davon.

Sind sie so dumm oder stellen sie sich nur so? — nämlich die militärischen Gewährungsmänner der „Kreuz-Zeitung“? Sie bringt heute wieder einen Leitartikel: „Zur Militärvorlage“, der ihr „aus höheren Offizierskreisen“ geschrieben wird. Derselbe tabelt an der neuen Militärvorlage, daß sie die Aussichten auf Avancement hemmt. Sie erfordert eine große Vermehrung von unteren Offizieren, Lieutenants, Hauptleuten und Bataillonskommandanten, ohne auch für Vermehrung der höheren Offiziersstellen zu sorgen. Dadurch werde dem Offiziercorps die Verjüngung schaffende Freundigkeit und Aussicht auf Erfolg in der Karriere genommen. Aber, liebe „Kreuz-Zeitung“, warum so ungeduldig? Die 200 neuen Bataillone und Schwadronen verschaffen zunächst ein paar hundert Subaltern-Offiziere des Avancement zu Stabs-Offizieren, eine noch größere Anzahl Lieutenants rückt zu Hauptleuten und Rittmeistern empor, die sonst noch Jahre hätten warten müssen. Das ist der Lauf der Segens genug. Und die Regierung und der Reichstag, welche heute ihre 60—80 Millionen für die Militärvorlage bewilligen, werden nach ein oder zwei Jahren gewiß kein Bedenken tragen, noch ein paar Millionen für neue Oberst- und Generalstellen zu bewilligen, um die Lust zur Karriere zu fördern.

Wir haben gewiß ein Herz für den „Rothsland“ wissiger Kreise. Blutige Thränen vergießen wir, wenn wir die menschlichen Klagen über die nothleidenden Großgrundbesitzer hören, und tief erschüttert lesen wir den Jammer der „Kreuz-Zeitung“ über die traurige Lage der Offiziere, welche sich keine andere Perspektive eröffnen, als die in den günstigsten Falle einmal ein alter Bataillonskommandeur zu werden, und mit dessen künftiger Pension von 8800 Mark nach dreißigjähriger Dienstzeit seinen Abschied zu nehmen. Man vergleiche hiermit die Schicksale der „Kreuz-Zeitung“ über die glückliche Lage der ländlichen Arbeiter, denen, noch bevor sie u. a. l. geworden sind, und schon nach vierzigjähriger Arbeit, wenn sie das 70. Lebensjahr erreicht haben, eine Rente von 120 Mark zufließt! Mögen jene u. a. l. Bataillonskommandeure christlicher Bestimmung sich damit trösten, daß wenigstens jenen Arbeitern ein glücklicheres Loos als ihnen selbst beschieden ist.

Politische Verbrechen werden nur bestraft, wenn und weil sie misslungen sind. Das Bestreben, das Behalten eines Staats in einen Geschehenparagrafen einzusperren, ist ein vergebliches. Diese sehr vernünftige Bemerkung findet sich in den nachgelassenen Papieren Molle's — in dem Entwurf einer Rede über Ministerverantwortlichkeit. Molle dachte allerdings nur an hochgestellte, politische Verbrechen, Minister u. s. w. — jedoch was, dem Großen recht ist, ist dem Kleinen billig.

Die Bismarck-Presse nimmt jetzt auch an dem Ahlwardt-Prozess und der Ahlwardt-Wahl Anlaß zu Angriffen gegen den „neuen Kurs“. Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ beschuldigt die Regierung, dem Ahlwardt-Schwindel freien Lauf gelassen zu haben. Unter Bismarck wäre so etwas nicht vorgekommen! Dazu war er viel zu „reinlich und zweifelsohn“.

Was Bismarck hätte, wenn — er noch ein Reichskanzler wäre, hat er Herr Henri des Douz offenbart. Er ist so echt bismarckisch, wie Bismarck in eigener Person. Er soll dem französischen Interviewer (Mishpocher) erklären haben: „Wenn er jetzt noch die Geschäfte leitete, würde er sich bloß mit der sozialen Frage befassen; da sei ein Boden für Verhandlungen zwischen den Mächten gegeben, da könnte sich verständigen, jetzt aber unterliegen die Regierungen einander nicht, sie fördern die Entwicklung von Lehren, die allen den Untergang bereiten werden.“

Ein internationales Sozialistengesetz hat immer in den Wünschen Bismarck's gelegen. Es war einmal der unglückliche Haß gegen die Sozialdemokratie, die einzige Partei, die sich von Bismarck nicht brauchen und also auch nicht überdauern ließ. Dann aber gab es bei der Zerstückelung der Staaten durch ein Eingehen auf die Bismarck'schen Pläne anheimgefallen wären, reichlich Gelegenheit im Tölpeln zu fischen. Helle Tagespolitik vertritt das „staatsmännliche Genie Bismarck's am reinigsten.“

„Ja, morgen.“
„Morgen früh?“
„Wenn Du willst, auch morgen früh.“
Sie traten ins Haus. Die Alten lagen schon im Bett. Madeleine schlief schlecht. All die ihr fremden Landgeräusche weckten sie unaussprechlich auf: der Schrei der Gullen, das Gurgeln des Schmeins im Kober an der Hausmauer und der erste Hahnenschrei um Mitternacht.
Beim ersten Morgengrauen stand sie auf und rüstete sich zum Aufbruch.
Als Georges den Eltern seinen Entschluß abzureisen mittheilte, waren sie beide zuerst sehr überrascht, dann meckerten sie, von wem die plötzliche Willensänderung herührte.
Der Vater fragte ihn nur einfach:
„Nu, sch ich Dich bald wieder?“
„Gewiß. Im Lauf des Sommers.“
„Na, um so besser!“
Die Alte aber brummte: „Ich wünscht' Dir nur, daß Dir Deine Heirath niemals leid thun möge.“
Er machte ihnen zweihundert Franken zum Geschenk, um ihren Unmuth zu besänftigen. Um zehn Uhr kam der Wagen, den ein Fortjunge geholt hatte, und die Neuvermählten lästeten das alte Bauernpaar und fuhren ab.
Als es den Berg hinabging, fing Duroy zu lachen an: „Ich hab' Dir's ja gleich gesagt“, meinte er. „Ich hätte Dich die Bekanntschaft von Herrn und Frau Du Roy de Cantel nicht machen lassen sollen.“
Auch sie fing zu lachen an und erwiderte: „Jetzt freue ich mich doch darüber. Es sind so biedere Leute, und ich fang an sie lieb zu gewinnen. Aus Paris will ich ihnen eine Kiste Kuchen schicken.“
Dann flüsterte sie: „Du Roy de Cantel... Pah! auf, niemand wird sich über unsere Anzeige gewundert haben... Wir können ja erzählen, daß wir...“ acht Tage auf dem Besitzthum Deiner Eltern aufgehalten haben.“
Und sie lehnte sich an ihn und drückte einen leisen Kuß auf seine Schnurrbartspitze: „Gut Morgen, Geo!“
„Gut Morgen, Magda“, erwiderte er und legte seine Hand um ihre Taille.

Sie blickten in die Ferne: im Strahl der Morgensonne durchschnitt der mächtige Strom wie ein Silberband den Thalgrund, die Fabrikschleote rollten ihre Rauchwolken zum Himmel und die spizen Kirchthürme ragten aus der alten Stadt empor.
II.
Seit zwei Tagen wollten Herr und Frau Du Roy wieder in Paris. Der Journalist hatte seine alte Thätigkeit wieder aufgenommen. Er erwartete, daß er nun bald der Lokaledaktion enthoben und definitiv mit den Arbeiten Forestier's betraut werden würde, so daß er sich ausschließlich der Politik zu widmen hätte.
An diesem Abend war er auf dem Nachhausewege zum Essen in der Wohnung seines Vorgängers, sein Herz schlug freudig, und er hatte Lust, sofort seine Frau zu küssen, deren Keiz einen immer größeren Einfluß auf ihn ausübte. Als er an einem Blumenladen am Ende der Rue Notre-Dame de Borette vorüberkam, fiel ihm ein, Madeleine ein Bouquet zu kaufen, und er wählte einen großen Strauß halb erblühter Rosen aus, ein Bünd dufsender Knospen.
Auf jedem Absatz seiner neuen Treppe betrachtete er sich vergnügt in jenem Spiegel, dessen Anblick ihn unaussprechlich an seinen ersten Besuch in diesem Hause erinnerte.
Er klingelte, weil er seinen Schlüssel vergessen hatte, und derselbe Diener wie damals, er hatte ihn auf Rath seiner Frau behalten, öffnete ihm.
Georges fragte: „Ist meine Frau zu Hause?“
„Ja, gnädiger Herr.“
Er ging durch das Schlafzimmer und sah erstarrt, daß drei Bediente ausgelegt waren. Er schlug die Portiere zum Salon zurück und sah Madeleine in eine Wase auf dem Ramin einen Rosenstrauß stecken, der ganz dem seinen gleich.
Er war so verletzt und unzufrieden, als wenn ihm einer seine Idee, seine Aufmerksamkeit und all das davon erwartete Vergnügen gestohlen hätte.
Er trat in den Salon und fragte:
„Hast Du jemanden eingeladen?“
Sie fuhr fort ihre Blumen zu ordnen und erwiderte, ohne sich nach ihm umzuwenden: Ja und nein. Mein alter

Freund, der Graf von Vandrec, der sonst alle Montage bei uns ist, kommt wie früher.“
„Ach! Sehr gut“, murmelte Georges.
Er stand hinter ihr mit dem Bouquet in der Hand und hätte es am liebsten versteckt oder fortgeworfen. Er sagt aber doch: „Sieh mal her, ich hab' Dir ein paar Rosen mitgebracht.“
Sie wandte sich rasch um und rief mit fröhlichem Gesicht: „Ach, ist das hübsch von Dir, an so etwas zu denken!“
Und sie umarmte ihn und bot ihm ihre Lippen mit einem so aufrichtigen und vergnügten Eifer, daß er sich getröstet fühlte.
Sie nahm die Blumen, roch an ihnen und ordnete sie mit der Geschäftigkeit eines beglückten Kindes in der letzten Wase, die der anderen gegenüberstand. Dann betrachtete sie ihr Werk und meinte:
„Jetzt bin ich zufrieden! Nun ist mein Ramin schmückt.“
Und unmittelbar darauf setzte sie hinzu:
„Du weißt ja, was für ein reizender Mensch Vandrec ist. Du wirst bald sehr vertraut mit ihm sein.“
Die Entreeglocke tönte und meldete den Grafen. Vandrec und selbstverständlich, als wäre er in seinen eigenen Pfählen, trat er ein. Der jungen Frau küßte er galant die Fingerspitzen, dann wandte er sich an den Gatten und reichte ihm kardinal die Hand, während er fragte: „Nun wie geht's mein lieber Du Roy?“
Seine Miene war nicht mehr so frohlich und steif wie früher, sondern recht leutselig: die Verhältnisse haben sich geändert, sagte sie. Der überraschte Journalist wollte Entgegenkommen nicht zurückweisen und suchte recht herzlich gegen ihn zu sein. Fünf Minuten später sah es so aus, als wenn sich die Beiden schon seit zehn Jahren kannten und schätzten.
Madeleine sagte mit strahlendem Gesicht: „Ich hab' Euch nun allein. Ich muß in der Küche nach dem Brodbacken sehen.“ Sie kief hinaus und die Blicke der beiden Männer folgten ihr.
(Fortsetzung folgt.)

Aus der Schweiz schreibt man uns: In der Schweiz erscheint seit dem Jahre 1886 alljährlich das „Politische Jahrbuch der schweizerischen Eidgenossenenschaft“, herausgegeben mit Subvention des Bundesrates von Dr. Karl Hiltz, Professor des Bundesrechts an der Universität Bern und Mitglied des Nationalrates (Reichstages); als Politiker huldigt Hiltz der liberal-kon-servativen Richtung. In dem jüngst erschienenen, sechsten Jahrgang für 1891 sind unter den verschiedenen, im Anhang beigegebenen dokumentarischen Beilagen eine Rede, die Georg Herwegh 1842 auf dem schweizerischen Schützenfest in Chur hielt und ferner der wörtliche Abdruck des von Marx und Engels gemeinschaftlich verfaßten und herausgegebenen „Komunistischen Manifestes“. Der vorige Jahrgang des Jahrbuches enthält den wörtlichen Abdruck des Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie und im vorliegenden, sechsten Jahrgang bespricht der Herausgeber das Erfurter Programm in folgender Weise: „Für ausführbar auch für unseren Staat (die Schweiz) halten wir: eine staatliche Fabrikgesetzgebung, eine Versicherung der unermittelten Klassen, die öffentliche unentgeltliche ärztliche Behandlung und Krankenpflege, Errichtung von Speise-, Heiz- und Badeanstalten, sogar den staatlichen oder gemeinlichen Betrieb der Wirtschaften, unentgeltliche Schulen mit unentgeltlichen Lehrmitteln, unentgeltliches Vorkurs-, Berufsausbildung der Eisenbahnen, Apotheken und des Kornhandels, die staatliche Uebernahme aller Wasserkräfte und des Elektrizitätsmonopols, die Expropriation aller Waldungen zu Gunsten des Staates oder der politischen Gemeinde, den Realcredit der Gemeinden, die Einführung des Frauenstimmrechts, die Trennung der Kirche vom Staat, die Verbesserung der Rechtspflege und der Rechtspflege im Sinne der Erleichterung. Dabei würde eine Reform des Erbrechts der Hypothekengesetzgebung, des wucherischen Darlehens und des gesammten Vorkurswesens der vorderen Linie stehen. Ueberhaupt eigentlich eine Verwirklichung des römischen Rechts als Grundlage des Rechtssystems. Es wird sich erst in der Zukunft zeigen, ob ohne eine gründliche Reform der zivilrechtlichen Gesetzgebung, die aber keineswegs etwa den jetzt bestehenden deutschen Entwürfen folgen darf, alle sozialpolitischen Gedanken in der Luft stehen.“ Unsere bürgerlichen Sozialreformer, die von der anfänglichen Negation der sozialen Frage ausgegangen und von der Macht der Verhältnisse später zur Anerkennung der sozialen Frage gedrängt wurden und heute bereits einen großen Teil der sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie als berechtigt und ausführbar anerkennen, sind nach dem Beispiel des liberal-konservativen Hiltz auf dem besten Wege, bis zum Sozialismus sich zu entwickeln, d. h. schließlich auch den Sozialismus als berechtigt und ausführbar anzuerkennen. Wir können mit der fortschreitenden Entwicklung der Anschauungen in den Köpfen der bürgerlichen Politiker zufrieden sein. —

Der Schweizer Ständerath hat heute nach dreitägiger Diskussion die Vorlage des Bundesrats, betreffend die Einführung des Hundehaltes - Monopols mit 21 gegen 17 Stimmen angenommen. —

Frankreich. Das neue Ministerium scheint durchgreifen zu wollen. Die Anklage gegen den Finanzminister Rouvier, der in den Panama-Verwickelungen verwickelt ist, soll zurückgelassen sein, falls er sich nicht entlasten kann. Jedenfalls wird er entlassen, oder ist es schon. Auch andere hervorstechende Politiker würden nachfolgen müssen. Das französische Bürgerthum ist doch noch nicht so korrupt, daß es den Schmutz des Kapitalismus anbetet, wenn nur Gold darin ist.

In Dahomey hat man nun richtig die Sünder entdeckt, welche den Negern Waffen geliefert haben. Es sind ehemalige französische Kaufleute, für die das Geld keinen Geruch hat, wie für ihre Kollegen in anderen Ländern. Für das Nordpatriotengesindel in Frankreich eine sehr unangenehme Entdeckung. —

Zur Ergänzung und theilweisen Berichtigung unserer Mittheilungen über die Erziehungswahl in Carmaux bemerken wir, daß der Kandidat der vereinigten Radikalen und Sozialisten, Professor Faurès von Toulouse, erklärt hat, er stehe auf dem Boden des kürzlich auf dem Kongress von Marseille von der Arbeiterpartei ausgearbeiteten Programms. Genosse Duc Quercy hat freiwillig die Kandidatur, welche ihm nach dem jetzt veröffentlichten Bericht des Wahlkomitees zuerst angetragen war, abgelehnt, um die Verdächtigungen der Gegner, welche behaupteten, er wolle nur aus persönlichem Ehrgeiz für die Arbeiter von Carmaux eingetretten, durch die That zu nichte zu machen.

Um der Wahlkorruption entgegen zu arbeiten, beschloß die radikale Abgeordnete Dubard, der Kammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher das Maximum der Summe, die für eine Wahl ausgegeben werden kann, festsetzt. Die Ueberschreitung dieses Maximums soll von Verzeß wegen strengstens bestraft werden. —

Gladstone's Plan. Gladstone behütet das Geheimnis seines Homerule-Planes mit angestrichelter Sorgfalt. — Klagen liberale Zeitungen, welche die jüngsten Reporterphantasien für Gladstone's „Plan“ genominen hatten. Ach, wie froh der große alte Mann gewesen wäre, wenn jener amerikanische Reporter recht gehabt hätte. Dann wäre doch wenigstens ein Plan da. „Geheimniß behüten!“ Als ob ein Geheimniß, das nicht da ist, sich nicht von selbst behütete. Ja, dieser verwünschte Homerule-Plan! Seit 10 bis 15 Jahren sitzt Gladstone auf dem Ei und brütet, brütet — aus dem Ei ist aber noch nichts gekommen, und es ist 1000 gegen 1, nein gegen 0 zu wette, daß auch nichts herauskommen wird. Das Ei ist nämlich ein Winder. Herr Gladstone ist ein liberaler Bourgeois, in dem noch ein tüchtiges Stück seiner konservativen Vergangenheit steckt. Von seinem bornirten Standpunkt aus giebt es überhaupt keine Lösung der irischen Frage, von der die Homerule nur ein kleines Stück ist, und weitaus nicht das wichtigste. Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse in Irland vernünftig und bescheiden geordnet, dann ordnet das bishigen politische Verwaltungssystem sich von selbst. Dies ist der Haken. Mit den Halbhäten, die Gladstone bisher den Irändern geboten, ist niemand zufrieden — die Pächter nicht, die Landarbeiter nicht, und natürlich die Grundbesitzer erst recht nicht. Was nützen

Erleichterungen im Zahlen der Pachtsumme, wenn der Schuldner immer mehr Schulden macht? Und was würde sogar die Verwandlung der Pachtgüter in freies Eigenthum nützen, wenn der „freie Pächter“ oder „Bauer“ nicht die Mittel hat, sein Gutchen oder Gut mit Vortheil zu bebauen? Für die irische Frage giebt es nur eine Lösung: die sozialistische Organisation der ganzen Gesellschaft nachfolgen müßte. Ist sie durchgeführt, so giebt es keine irische Sonderfrage mehr, der Gegensatz mit England, das selbstverständlich auch sozialistisch organisiert wäre, hätte aufgehört, und von „Homerule“ würde kein Mensch mehr sprechen.

Ohne die radikale sozialistische Lösung der irischen Frage ist aber eine Lösung der Homerule-Frage unmöglich. Gladstone, indem er das Unmöglichkeit zu thun sich abquält, arbeitet an der Quadratur des Kreises. Er kann nur irgend einen beliebigen Nothbehelf finden, der günstigsten Falls für einen Augenblick die äußerste Unzufriedenheit beschwichtigt, hernach aber, sobald der Schwindel erkannt ist, die Unzufriedenheit nur noch vermehrt, dem Bedürfnis nach einer radikalen Lösung nur um so kräftigere Nahrung verleiht. —

Auch auf dem Gebiet der auswärtigen Politik drohen dem Gladstone'schen Kabinett allerhand Gefahren. Der jetzige Minister (Sekretär) des Aeußeren, Lord Rosebery, hat die Politik seines konterwärtigen Vorgängers einfach fortgesetzt. Das paßt jedoch den radikalen Anhängern des Kabinetts nicht, welche eine Allianz mit Frankreich wünschen, und nachdem man lange versucht hat, die Gegenseite zu verkleinern, ist es nun zum förmlichen Bruch gekommen. An der Spitze der Radikalen steht Labouchère, bisher der Haupt-eigenthümer des „Daily News“, des ministeriellen Organs. Aus diesem hat er jetzt seinen ganzen Aktienantheil — 90 000 Pfd. Sterl. gleich 1 800 000 M. — zurückgezogen, und dadurch die Existenz des Blattes fraglich gemacht. —

Von der Arbeiterfrage, die den Liberalen noch größere Belegenheiten bereitet, als die irische Frage und die auswärtige Politik, wollen wir heute nicht reden. Nur so viel, daß die kleinen Konzessionen und Versprechungen der Regierung (bezüglich der Versammlungen auf Trafalgar Square und bezüglich der Arbeitslosen) in den Arbeiterkreisen nach ihrem wahren Werth geschätzt werden, und daß die sozialdemokratischen Arbeitervertreter im Parlament in schärfster Weise gegen die Regierung vorzugehen entschlossen sind. —

„Schändliches Verbrechen sozialdemokratischer Arbeiter“ — das ist der sensationelle Titel, den die nationalliberale Geldproletenpresse den jüngst festgestellten Vergiftungen in Homestead bei Pittsburg (Amerika) beilegt. Dieses Verbrechen! Erstens ist nichts weniger als sicher, ob es sich überhaupt um ein Verbrechen handelt. Und zweitens sind die Homestead-Arbeiter keine Sozialdemokraten, sondern Trades-Unionisten der alten Schule — also ungefähr das, was bei uns die „Pilsener-Dunder'schen“ sind. —

So lügt und fälscht die Kapitalistenpresse. —

Parlamentarisches.

In der Kommission für die Militärvorlage wird die sozialdemokratische Fraktion durch die Abgeordneten Bedel, Gellenberger und Singer vertreten sein.

In der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion wurde der gegenwärtig herrschende Nothstand zur Sprache gebracht und angeregt, in Form einer Interpellation im Reichstag diesen Nothstand zur Erörterung zu bringen. Die Anregung fand allseitige Zustimmung und wird die Interpellation eingebracht werden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Frage der sogenannten Arbeitslosenversammlungen erörtert. Die Fraktion kam zu dem Ergebnis, daß es den Genossen der einzelnen Orte überlassen bleiben muß, ob sie solche Versammlungen antragen resp. einberufen wollen oder nicht. Ein Grund, solche Versammlungen überhaupt nicht abzuhalten, liegt nach übereinstimmender Ansicht der Fraktion nicht vor.

Parteinachrichten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage fanden weiter statt in Lahr und Dinglingen (Referent Lutz aus Baden-Baden), Darfanden (Ref. Zielowski-Offenburg), Schierstein (Referent Fleischmann-Frankfurt a. M.), Solingen (Referent Reichstag-Abgeordneter Schumacher), Molsb. bei Neustadt i. Th. (Ref. Leuteri-Apolda), Weier und Waltersweiler (Ref. Suklopf-Karlruhe), Ortenberg und Zell-Weierbach (Ref. Adolf Ged.-Offenburg), Furtwangen, Donaueschingen und Willingen (Ref. Zielowski-Offenburg).

Gemeindevahlen. Bei der Stadtverordnetenwahl in Ramgo (Eippe) erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten Leopold Schnitzer 244, A. Steinbach 216, J. Anderer 143 Stimmen. Die drei Kandidaten des konservativ-nationalliberal-freisinnig-antifemistischen Gemisches stiegen mit 296—372 Stimmen. Dazu bemerkt die „Eippische Post“: „Die fortschrittliche „Eippische Post“ giebt ihrer Freude über dieses Resultat Ausdruck und plaidirt für die bevorstehende Landtags-Erneuerung für Auffstellung eines gemeinsamen Kandidaten. Ob ihre Grundfälle dabei zum Tragen gehen, ist ihnen gleichgültig. Ja, man möchte sagen, sie haben überhaupt noch keine Grundfälle gehabt; nur in einem Punkte sind sie sich treu geblieben: im Unterdrücken der Arbeiter.“

In Fraureuth (Neuh) erhielt unsere Partei trotz erstmaliger Vertheilung im Maximum 156 Stimmen, die Gegner 291—443. Dabei ist, wie das „Sächs. Volksbl.“ mittheilt, folgendes zu beachten: „Nach der reichlichen Gemeinde-Ordnung haben gemäß § 46 unter a) diejenigen, welche bis zu 15 M. Staatssteuer entrichten, eine Stimme, und für jede ferner gezahlte 15 M. Staatssteuer eine weitere Stimme. Da wir nun eine Aktiengesellschaft mit 500 Arbeitern Bestand in Fraureuth haben, von deren Veieler sich zwei an Orte befinden, so kann es nicht Wunder nehmen, daß der eine der beiden, Herr Römer — gemäß seiner hohen Einkommensteuer, 90 Stimmen, und die (an der Gesellschaft beteiligte) Frau Bötsch gleichfalls 90 Stimmen aufweise, beide zusammen also schon 180 Stimmen repräsentiren. Zu diesen kam noch der Pastor mit 17 Stimmen, so daß diese drei Gegner unserer Sache allein über 197 Stimmen verfügten. Die Gegner hatten es daher leicht, unsere Kandidaten für dieses Mal zurückzudrängen. Das nächste Mal in dessen dürften unsere Maximalisten gelingen sein und wenigstens erhoffen wir, in zwei Jahren zwei Vertreter durchzubringen. Dies ist — von

allem andern abgesehen — schon aus dem Grunde wichtig, damit der ungerechte Wahlensatz, der einem halben Tausend Menschen, das die Majorität von Stimmen besitzt, das Bestimmungsrecht über 2700 Gemeinde-Einwohner verleiht, beseitigt werde.“

In Wurzen wurden sämtliche Kandidaten des sozialdemokratischen Bürgerlichen und sozialdemokratischen Arbeitervereins, von unserem Genossen Wolf Ziele geleitet, Bürgervereins gewählt. Sie erhielten zusammen 8747 Stimmen; die Kandidaten des konservativ-nationalliberalen Bürger-Wahl-ausschusses nur 2736. Zu wählen waren 4 Unfähige und 2 Un-anfähige. Die Vertheilung an der Wahl war sehr stark. Es wählten ca. 86 pSt.

In Döbitz (Sachsen) regte bei der Gemeindevahlenwahl der sozialdemokratische Kandidat mit 49 gegen 43 Stimmen über seinen Gegner; in Taura gelang es 3 Kandidaten des Arbeiter-Wahlvereins, darunter 2 Unfähige, in die Gemeindevorteilung zu bringen.

Die Gemeindevahlen in der Dresden-er Gegend lassen sich für unsere Partei sehr günstig an. Es wurden neuerlich gewählt: in Mitteln 1 unanfähiger Genosse mit 53 Stimmen, in Uebigau 1 Genosse mit 40 gegen 26 „ordnungs“parteiliche Stimmen, in Leubnitz 2 unanfähige Genossen mit 40 bez. 37 Stimmen gegen 4 „ordnungs“parteiliche, ferner 1 unanfähiger Genosse, in Neu-Ostra 1 Genosse, in Ebbtau stiegen in der Klasse der Unanfähigen ebenfalls die sozialdemokratischen Kandidaten, ebenso in Ober- und Unterweißig, dem Bergarbeiterverein. In Oberweißig stiegen sich auch die Unfähigen mit den Arbeitern insoweit solidarisirte, als sie den Wirth des sozialdemokratischen Bezirkskolats in den Gemeinderath wählten. In Unterweißig war der Kampf, wie die „Sächs. Arb.-Jtg.“ meldet, ein sehr heftiger, denn hier galt es, die Bergbeamten und deren diese Freundschaft aus dem Gemeinderath zu drängen; leider wurde für die Klasse der Unfähigen aus Liebedienstret der Neustädter Schule wieder gewählt, während dessen Bruder seinem Gegenkandidaten, dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Arbeitervereins Oskar Helm mit ganz kläglicher Minorität unterlag. Ihrem Groll machten die „Ordnungsbeiden“ nach Publikation der Wahl-Resultate dadurch Luft, daß sie wiederholt laut und vernehmlich die „Büchhalter“ und „Die Bergarbeiter, diese Halunken werden wir uns schon merken“, ausriefen. Dieser Schmerz ist aber begrifflich, wenn man weiß, mit welcher Anstrengung und welchem Hochdruck diese Herren gearbeitet haben; alte Invaliden, die sich sonst an nichts theilnehmen, wurden herbeigeholt, doch alles vergeblich, der Besessenen, welcher die Sympathie der Bevölkerung für sich hat, regte mit seinem Kandidaten mit großer Majorität. Einer solchen Wahl kann sich bisher kein Wähler erinnern, alle Wahlberechtigten, bis auf sechs, waren erschienen und herbeigeschleppt worden und sämtliche Stimmen fielen nur herüber oder hinüber.“

Mit den Beschlüssen des Berliner Parteitag's erklärten sich ferner einverstanden die Parteigenossen in Darmstadt, Hall (Württemberg), Neutlingen, Pader, Schierstein, Chemnitz (Parteiversammlung des 16. sächsischen Wahlkreises), Daxelt und Würden.

Die Parteigenossen im 4. sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Dresden-Neustadt) stimmten den Beschlüssen des Berliner Parteitag's gleichfalls zu und erklärten noch, unter Bezugnahme auf diesen sowie den Erfurter Parteitag, möglichst dahin wirken zu wollen, daß sich die Parteigenossen den gewerkschaftlichen Organisationen ihres Berufs anschließen.

Partei-Organisation. Der politische Verein „Volk's-freund“ in Bräun hat sein Statut dahingehend geändert, daß er seine Thätigkeit, die sich bis jetzt bloß auf Märchen erstreckte, auch in Oesterreichlich-Schlesien ausüben kann. Das so geänderte Statut hat die behördliche Genehmigung erhalten.

Parteiinnungen. Augsburg. Jahresrechnungen (inkl. 26,40 M. vorjährigen Bestands) 2502,98 M., Ausgabe 2373,40 M., Bestand 129,58 M.

Partei-Presse. Der sozialdemokratische Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein etc., der am 11. bis 13. Dezember in Kiel tagte, beschloß, die jetzt in Ottenen erscheinende Norddeutsche Volkszeitung am 31. März 1893 eingehen zu lassen und an deren Stelle in Kiel ein Blatt zu gründen. Für diesen Beschluß waren 44 Delegirte, dagegen 25, ein Delegirter enthielt sich der Abstimmung.

Auf der Agitation. Die Erfurter Parteigenossen unternehmen am Sonntag wieder eine Flugblatt-Vertheilung in mehreren Landorten ihres Kreises, und zwar in den Dörfern Sghedi, Pechstedt-Wagb, Waltersleben, Werningelben, Werdleben Bitt und Kitzani. Die Vertheilung ging ohne Zwischenfälle von statten.

Pöligkeitliches, Gerichtliches etc.

In Braunschweig wurde eine Versammlung des Arbeitervereins pöliglich aufgelöst, als die Glocke Eis geschlagen hatte. Um 11 Uhr tritt dort die Polizeikommission ein. Diese dürfte aber kaum für Versammlungen Geltung haben.

Die Leipziger Amtshauptmannschaft hat die Beschwerde für berechtigt erklärt, welche dagegen eingereicht war, daß der stellvertretende Gemeindevorstand Arnold in Döbitz in einer dortigen Gemeindevähler-Versammlung den Leipziger Parteigenossen Pollender als „Auswärtiger“ nicht sprechen ließ.

Genosse Heinrich Wehler in Pöschappel bei Dresden wurde als Herausgeber und Verbreiter eines Flugblattes, in welchem er die Arbeiter des Plauenischen Grundes aufforderte, die von dem Parteigenossen Weidner übernommene Nothe Schänke in Döbitz zu besuchen, damit dieser vom Tanzverbot betroffenen Wirth auch ohne Abhaltung von Tanzveranstaltungen existiren könne, vom Dresdener Schöffengericht zu 100 M. Geld-buß u. a. ausgedrückt sein soll, die Amtshauptmannschaft habe sich bei der Verhängung des Tanzverbots von politischen Motiven leiten lassen.

Der Gemeindevorstand in Molsb. bei Neustadt i. Th. verlangt zu gunsten der Gemeindefasse, daß ihm die Einberufung von Versammlungen in jedem einzelnen Falle 3 M. für die Ertheilung der Erlaubniß bleibe. Die Versammlung, in welcher Genosse Leuteri aus Apolda über die Militärvorlage sprach, lehnte dieses seltsame Verlangen des Gemeindevorstandes nachthlicher Weise ab und beschloß die Erhebung einer Beschwerde. — In Waltershausen verweigerte der Bürgermeister seine Zustimmung dazu, daß eine sozialdemokratische Versammlung, in welcher die Militärvorlage besprochen werden sollte, mittelst der Drischelle bekannt gemacht werde. Wegen das gleiche Verbot der Nationalliberalen hatte er nichts einzuwenden gehabt. Bei den Nationalliberalen sei das etwas anderes, erklärte das unparteiliche Gemeindevorstand, als man auf diese Inkonsequenz aufmerksam machte.

Wegen Beleidigung des Spinnerei-Obermeisters J. Fischbach in Eigerstweiler wurde der Reaktor des Döbitz-burger „Volk'sfreunds“, Genosse Otto Zielowski, vom Schöffengericht zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt.

Briefkasten der Redaktion.

H. Danzig. Mangels jeder näheren Kenntniß des Thatbestandes können wir in der Feuerweh-Angelegenheit nichts thun.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, 15. Dezember. Opernhaus. Familien-Sajozzi. Schauspielhaus. Donna Diana. Fassung-Theater. Die Orientreise. Berliner Theater. Dora. Walker-Theater. Die Großstadtluft. Volk's Theater. Jar und Zimmermann. Deutsches Theater. Solo's Vater. Neues Theater. Logisbesuch. Residenz-Theater. Marquise. Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Das verwunschene Schloß. Belle Alliance-Theater. Keine Vorstellung. Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna. Thomas-Theater. Der Herrgottschneider von Ammergau. National-Theater. Die Rumpelstilzchen. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Jubiläums-Vorstellung.
Zum 100. Male:
Die wilde Madonna.
Besangspöcke in 3 Akten von L. Trentow
Couplets von G. Görss. Musik von G. Stöffens.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
In Vorbereitung:
Modernes Babylon.
Besangspöcke in 3 Akten v. Ed. Jacobson
und W. Mannst. Couplets teilweise
von G. Görss. Musik von G. Stöffens.
Jeder Besucher der heute
stattfindenden Jubiläums-Vorstellung
erhält ein Souvenir-Exemplar
gratis.

American-Theater.
Jeden Abend jubelnder Beifall!
Die Trockenwohner,
oder „Das Kind in der Kommode“,
parodistisch-realistischer Vor-
gang im Keller, beobachtet vom
Hofe aus, von Oscar Wagner.
Bendix in seiner
Saison-Nummer:
**Man merkt's am Gang,
Da ist was maug!**
Aufstehen sämtl. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf.
Sonntags 6 Uhr.

Passage-Panopticum.
**Der Tiger-
mensich.**

**Castan's
Panoptikum.**
Sensationell!
Prinzeß Topase.
Vorstellungen 11-1 und 4-9 1/2 Uhr
täglich.
Dhne Extra-Entree.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Gratweil's Bierhallen
Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
**Germania-Konzert- u.
Komplet-Sänger.**
Wochentags frei.
Sonntags 30 Pfennig.
Kinder 10 Pf.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Besammlungen und Vergnügungen,
sowie 6 Billards und 3 Kegeltischen.
F. Sottke.
1 Klavierspieler wird gesucht f. einige
Tage in der Woche von G. Schmidt,
Rixdorf, Knefbeckstr. 82.

Circus Renz.
(Karlstraße.)
Donnerstag, den 15. Dezember 1892,
Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Aus dem Progr. hervorzuheben: Prinz
Carneal und sein Gefolge, vorgef. v.
Herrn Oscar Renz. Solon, Schulpferd,
ger. v. Fr. Clotilde Hager. Mr. James
Fillis mit dem Schulpferde
Markir. Pansch, Pongbengh,
kom. Orig. Dressur v. Clown Misko
(August). Aufst. sämtl. Kunstspezial.
1. Hanges.
Zum Schluß: Auf Selg-
land. Ballet von 82 Tamen.
Anzug der Leib-Garde-Artillerie.
Morgen, Freitag: Gr. Vorstellung.
Sonntag: 2 gr. Festvorstellungen, um
4 Uhr (ein Kind frei) und 7 1/2 Uhr.
Billet-Borokauf beim „Invaliden-
klub“, Karlgrafenstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Circus Corty-Althoff.
Berlin, Friedrich-Baer-Platz,
Ede Karlstraße.
Donnerstag, den 15. Dezember,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große Extravortellung
mit auserwähltem Progr. u. A.:
Vorf. d. wunderb. dress. Kapph.
Ineroyable durch d. Dir. Althoff.
Mr. Cooke, Jochen. Fr. Adelle
und Clotilde, Reikunstlerinnen.
Baronesse de Walberg, beste
Schulmeisterin der Welt, mit ihrem
Schulpf. Szabadka. Auftreten d.
Krobatentruppe Gantier, d. Luft-
gymnastin Mlle. Marie u. s. v.
Hippolog. Potpourri m. 14 Reu-
gen, vorgef. v. Dir. Althoff.
Freitag: Komiker-Vorstellung.
Sonntag: 2 Vorstellungen, 4 Uhr
(1 Kind frei) und 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast
Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.
Täglich
Gr. Spezialitäten = Vorstellung
Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt.
6 Uhr. Entree 50 Pf.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Vollständig neues Programm.
Soenrs Lenth, Salon-
Künstlerinnen.
Bernhard-Trio, Parterre-
Krobalisten.
Mij Dphelia mit ihren dressierten
Cacabus.
Clown Richards, Schnellzeichner
und seinen
Gänse-Zirkus.
Clara Betoni, bildhäßige
Souprette,
sowie Auftreten sämtlicher
anderer Spezialitäten.
Anfang Wochentags 8 Uhr.

Empfehle allen Freunden und Ge-
nossen mein
**Weiss- und
Bairisch-Bierlokal,**
Zahlstelle der Zentral-Kasse der Tischler,
der Tischler, des Verbands der Metall-
arbeiter und des Sanitätsvereins.
Wilhelm Schmidt, Adalbertstr. 10.

Parteigenossen
kaufen Filz- u. Lederwaren
zu noch nie dagewesenen Preisen im
Schuhwaren-Groß-Geschäft Alte
Schönhäuserstr. 50, Ecke Schenkel-
gasse und Friedrichstr. 210. Wieder-
verkaufern Rabatt. Bitte auf Haus-
nummer achten.
47/3
4 1/2 Pfd. Brod angebacken 40 Pf.,
5 1/2 " " " 50 "
10 " " " 90 "
(liefern die Brotbäckerei) 541b
Chorinerstrasse 20 a.

Pelzwaren.
Einzelverkauf zu Groß-Preisen.
direkt in d. Werkstatt
Stallschreiberstr. 50/51, v. 1 Tr.,
Ede Alexandrinenstr.
Dampfsägen Männchen 2,50, Staare
2,00, Singlerchen, Stieglitze, Bindfän-
ge 1,50, Bucht, Kreuzschn. 1,25, Zeißige
0,80, Grünf., Bergkranz, Meisen 0,60,
Kunseln, Drosseln, Schwarzspatzen, Ra-
narienvögel, Ranarieneißen. Alle
Sorten Holz u. Drahtstücke billig.
Schnelle, Invalidenstr. 7.
Größtes Lager Berlin
Kinderwagen. Andrasstr. 23. v. v.
Kräftigen Mittagstisch empfiehlt G.
Schmidt, Rixdorf, Knefbeckstr. 82.
Herzliche Gratulation dem Genossen
Mathes. 549b C. B.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten hier-
mit die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann, der Tischler Karl Matan,
am 12. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet morgen, Nach-
mittags 3 Uhr, vom Zionkirchhof in
Weißensee aus statt.
Die tieftrauernde Wittwe.

Dankfagung.
Allen Verwandten, Bekannten, Kol-
legen, sowie dem Gesangsverein für die
rege Beteiligung bei der Begräbnis-
feier meines geliebten Mannes, unseres
unvergesslichen Vaters,
Albert Urban,
unsern herzlichsten Dank. 548b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Fachverein der Tischler.
Vorstands-Sitzung
Freitag, den 18. Dez., Abends 8 1/2 Uhr,
bei Nordert, Deuthstraße 22.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
908/16
Der Vorstand.

Erkläre hiermit, daß ich die in meiner
Bericht vom 12. Nov. oberflächlich
hingeworfene Bemerkung über den Vor-
sitzenden der Orts-Krankenkasse der
Kirschn. Herrn Dobronz, als unwar
juristisch annehme. 543b
J. Groß, Preussener Allee 28.

Christbaumkonfekt,
reizende Neuheit, nur genießbare Waare,
1 Kiste Inhalt circa 480 Stück 2 M.
50 Pf., 1 Kiste Inhalt circa 270 gr. Stücke
3 M. Berlin, Brock, Barnoisstraße 4.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt,
Dienstadtstr. 140. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Meyer's Berlin, Brochhaus u.
Fischer jeder Art lauft
Hannemann, Kochstr. 56.

**8000
Schlaftröde**
jeht im Ausverkauf 6, 8, 10,
12, 15, 18, 20 M. Prima.
Winter-Paletots und
Belerinen-Mäntel 12, 15, 18,
20, 24, 30, 36 M. Prima.
Paletots sowie Anzüge nach
Maß, i. Prima-Stoff, v. 30 M. an.
Kraatz werden verlichen.
**Goldene 110,
110. Leipzigerstr. 110.**

Pfandleihe G. Meyer,
Dienstadtstr. 1/8, Ecke Stalgerstraße,
beleihet jede Werthsache, Verkauf von
Herren- u. Damen-Uhren, g. Ringe,
Ketten, Kleidungsstücke bill. Jeden Sonn-
abend b. 10 Uhr, 1. Feiertag geschl. 444b

Erstes und ältestes
**Herren-Garderoben-
Geschäft**
des Ostens von
**Julius Lindenbaum,
Gr. Frankfurterstr. 139,**
empfiehlt sich seinen werthen Kunden
und Bekannten zum Einkauf von
eleganten Herren-Garderoben.
Täglich Eingang von Neuheiten.
Spezialität:
Anfertigung nach Maß.
Zuschneider im Hause.
Geschäftsprinzip:
Strenge Reellität.
**Julius Lindenbaum,
Gr. Frankfurterstr. 139.**

Goldwaaren
billiger wie in jedem Laden.
Ketten, Bröckel, Armbänder, Öhringe,
Medaillons, Gürtelschnüre, Ringe etc.
Massiv goldene Trauringe
1 Dukaten 11 Mk., 1 1/2 Duk. 16 Mk.,
2 Duk. 21 Mk., 2 1/2 Karat v. 6 Mk.,
3 Karat v. 4 Mk. an.
Spezialität:
**Uhren Remontoir-
Uhren**
in Nickel v. 9 Mk., Silber v. 14 Mk. an
Gold. Dam.-Remontoir v. 24,30 M. an.
Regalaturen v. 10 M., Standuhrer v. 2,30 M. an.
Garantie: 2-3 Jahre. Reparaturen gut u. sehr billig.

Georg Wagner 63
1 Treppe Uranienstr. 63
Nahs Moezplatz. Bitte auf Haus-No. zu achten

**Schmerzloses Zahn-, Nerv. Säse,
Faldensteinstr. 32.**
Vereinszimmer, Simeonstr. 23, 111c.
Arbeitsmarkt.
Eine Drechslergefallen verlangt Rel.,
Langestraße 52. 547b
Einen tüchtigen Rahmenmacher ver-
langt die Goldleistenfabrik Rottbusch
Ufer 32. 542b

Gauverein Berliner Bildhauer.
Dienstag, den 27. Dezember (3. Weihnachtsfeier):
Weihnachtsfest
im „Märkischen Hof“, Admiralstraße 18c.
Anfang 6 Uhr. Entree (incl. Tanz) 30 Pf.
Billets sind beim Verwalter Kollegen Stötzer, Laufhäuser Platz 17, 3 Tr.
(in seiner Sprechstunde) und beim Lokalkassier Kollegen O. Meyer, Streifen-
straße 28, 4 Tr., sowie Dienstag und Sonnabend, Abends von 8 Uhr an, im
Vereinslokal, Lützenstraße 15, zu haben. 116/10
Der Vorstand.

Wohlthätigkeits-Matinée,
arrangirt vom
Zentral-Verband deutscher Maure
(Zahlstelle I, Putzer)
am 26. Dezbr., (2. Weihnachtsfeier), Mittags 12 Uhr,
in der Berliner Pension, Kommandantenstraße 57.
Programme à 25 Pfennig sind bei folgenden Mitgliedern zu haben:
J. Schulz, Butibusstr. 19; E. Schmidt, Niemestr. 60; F. Gräffelt,
Lübenerstr. 26; F. Kubring, Mariendorferstr. 16; F. Bude, Dresdenerstr.
Nr. 180; G. Arndt, Landsbergerplatz 1; A. Mattes, Diederhofenerstraße 3;
Simanowski, Rickerstr. 37; F. Gräffelt, Stephanstr. 36; H. Thiele, Schöne-
berg, Maxstr. 2. — Um rege Beteiligung bittet
244/3
Das Komitee.

Bereinig. der Drechsler Deutschlands
(Ortsverwaltung Berlin).
Grosse Matinee
am Sonntag, den 1. Weihnachtsfeier, im Konzerthaus Hansa-
ausgeführt von den Stettiner Sängern.
Anfang 12 Uhr.
Billets à 30 Pf. sind zu haben in den Zahlstellen der Bereinigung und
der Hilfskassen der Drechsler, sowie bei den Kollegen Gormoy, Gneifenaustraße
Nr. 68, Quergeb. 4 Tr.; Stadelmann, Manteuffelstr. 75, Zigarrengeschäft;
Lehmann, Rottbuscher Ufer, 3 Tr.; Schulz, Admiralstr. 40, Zigarrengeschäft;
Schweizer, Cito-Passage, Zigarrengeschäft; Kehr, Köpenickerstraße 126, Schuh-
geschäft; Fätzold, Reichenbergerstraße 16; und in den mit Plakaten belegten
Handlungen. 156/8

Verband deutscher Korbmacher. (Filiale Berlin.)
Donnerstag, den 15. Dezember, Abends 8 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
im Lokale des Herrn Roll, Adalbertstr. 21.
Tagesordnung: 1. Was lehrt uns der diesjährige Streik. 2. Ent-
scheidung. [194/6] Der Vorstand.

Rummelsburg.
Sonntag, den 17. Dezember 1892, Abends 8 1/2 Uhr:
Öffentl. sozialdemokr. Versammlung
im Saale des Herrn Borchmann, Berlinerstr. 11.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmanns. 4. Wahl eines Vertrauens-
manns. [996/9] Der Vertrauensmann.

**E. Vogtherr, Berlin NW., Stephanstr. 27a,
Moabit.**
Eisenwaren- und Werkzeug-Handlung. 3451L
Gr. Auswahl prakt. Festgeschenke,
z. B. Tischmesser und Gabeln, Taschenmesser, Scheeren, Kaffee-
mühlen, Plättchen, Waagen, Heizapparate, Laubsäge- und Werkzeug-
Kästen, Schmittschube, Schlitten,
Luftgewehre, Teschins, Jagdgewehre und Revolver,
Tisch- und Hängelampen.
**E. Vegtherr, Berlin NW., Stephanstr. 27a,
Moabit.**
(Fernsprecher; freie Zusendung.)

Sieben erschien in meinem Verlage:
Die Geheimnisse der Honigkuchen-Fabrikation
der Firma Hildebrandt & Sohn.
Preis 10 Pf. Von Hermann Koch. Preis 10 Pf.
Wiederverkäufern und Händlern hoher Rabatt.
Th. Mayhofer Nachf., Sozialdemokratische Buchhandlung,
545b Berlin N., Weinbergweg Nr. 15 b.

Brauerei F. Happoldt
Berlin S., Hasenhaid 32/38.
Fernsprecher Amt IV Nr. 9115.
Zum bevorstehenden Feste bringe meine kräftig eingebrauten und
wohlwundenden
Fflaschen- und Fassbiere
in empfehlende Erinnerung und bitte das geehrte Publikum gleichzeitig,
sich den Weihnachtsbedarf schon in den ersten Tagen der letzten
Woche vor Weihnachten kommen zu lassen, weil sonst die Be-
stellungen sich so häufen, daß es mir unmöglich wird, am letzten Tage
alle Aufträge prompt zu erledigen, zumal da der Sonntagsruhe wegen
an den Feiertagen nur in sehr beschränktem Maße Bier aus-
geföhrt werden darf. 51/3
Hochachtungsvoll
F. Happoldt, Brauereibesitzer.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.
Ausstattungen in Mahagoni u. Aufbaum; Küchen-
möbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.
Berlin S.O.,
Franz Tutzauer, Spandauerstr. 25.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Fr. 294. Donnerstag, den 15. Dezember 1892. 9. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.
15. Sitzung vom 14. Dezember 1892. 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf von Caprivi, von Kattenborn, v. d. Planitz, von Marschall und Nadere.

Die erste Verathung des Gesetzentwurfs betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres wird fortgesetzt.

Abg. Hausmann (Dem.): Die bisherigen Erörterungen haben schon eine gewisse Klarheit geschaffen, nämlich die, daß die meisten Parteien der Vorlage, wie sie liegt, nicht zustimmen, selbst die Konservativen nicht. Nur Freiherr v. Stumm hat sich für die Vorlage erklärt, was freilich durch die gegenbeteiligte Erklärung eines Parteigenossen v. Kardorff sehr beinträchtigt wurde. Herr v. Stumm hat für seine Partei festgelegt, daß über den Rahmen der Friedenspräsenzstärke nicht hinausgegangen werden könne.

Der Reichskanzler hat gerade die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke den springenden Punkt erklärt. Also entweder muß der Reichskanzler sich mit der jetzigen Friedenspräsenz begnügen, oder das Zentrum muß diesen Hauptpunkt springen lassen. Von Herrn v. Bennigsen's Rede verpicht sich der Reichskanzler eine große Mitteilung. Herr v. Bennigsen hat ja auch die Annahme des Kernpunktes der Vorlage in Aussicht gestellt. Er hat auch von der Beantwortung des Publikums durch die Rückweise Bekanntheit der Vorlage gesprochen. Wenn die Presse geschadet hat, so war es die nationalliberale Presse. Die „National-Zeitung“ hat die erste Nachricht gebracht, die dann vom „Hann. Courier“ ergänzt wurde und schließlich hat die „Köln. Ztg.“ die Vorlage veröffentlicht. Herr v. Bennigsen hat von den verschiedenen Fehlern gesprochen, welche die Regierung gemacht hat. Er hätte sie nur etwas genauer spezifizieren sollen. (Sehr richtig! links.) Der größte Fehler war jedenfalls die Einbringung dieser Vorlage, bedwegen werden wir auch gegen dieselbe stimmen. Herr v. Bennigsen hat die gloriose Zeit der Regierung des Fürsten Bismarck geschildert. Die heutige pessimistische Zeit ist der Niederschlag der früheren gloriose und die nationalliberale Partei ist in ihrer Würde der Maßstab für diese Stimmung. Die herrschende Mißstimmung betrachtet er als eine vorübergehende. Aber wenn er nicht angibt, nach einer Auflösung würde die Mehrheit des Reichstages eine für die Vorlage ungünstigere werden, so bezeichnet er damit die Stimmung als eine dauernde, der Militärvorlage unangünstige. Wenn Herr v. Bennigsen den Kern der Vorlage kritisiert, so bringt er dadurch nicht den Reichstag in die Stellung, die er ihm selber anweisen will. Die Wähler werden sich noch nicht als bisher jetzt schon von den Nationalliberalen abwenden. Der Reichskanzler hat alle Einzelheiten der Vorlage gestern verteidigt und nirgends eine Neigung zur Nachgiebigkeit gezeigt. Ich behaupte, daß der Reichskanzler sich nicht über die Frage der Reduzierung der neuen Truppen ausgesprochen hat, die nach Berechnung Richter's 200 Millionen kosten würde. Sollen die Mannschaften in Bürgerquartiere gelegt werden? Das könnte allerdings dazu dienen, dem Bürger „ein Truppengefühl“ beizubringen (Heiterkeit), aber für die Regierung dürfte die Wirkung einer solchen Maßregel nicht günstig sein. (Sehr richtig! links.) Wenn die neuen Listen dem Volke auferlegt werden und wir sagen: dafür bringen wir auch die zweijährige Dienstzeit, dann könnte uns das Volk mit dem sächsischen Kriegsminister v. d. Planitz fragen: was ist denn die zweijährige Dienstzeit? Sie besteht ja bei den meisten Truppenteilen schon thatsächlich (sehr richtig! links). Ein solch kleines Geschenk ist die großen Opfer nicht werth (sehr richtig! links). Der alte Mann soll nicht mehr todgeschlagen werden. Wenn aber der nächste Krieg der große Krieg ist, so sind zwei Fronten, glaubt man da wirklich, daß die alten Leute zu Hause bleiben! Wenn die verkrüppelte Wehrpflicht und die verkrüppelte Dienstzeit dadurch befristet werden soll, daß auf die noch bedingt Tüchtigen zurückgegriffen werden soll, so werden die Wehrpflichtigen sagen: lieber eine verkrüppelte Wehrpflicht, als die Wehrpflicht der Verkrüppelten. (Heiterkeit.) Gewiß sind wir Freunde der zweijährigen Dienstzeit und der allgemeinen Einführung der Wehrpflicht, aber wir berücksichtigen dabei die wirklichen Verhältnisse. Der Reichskanzler betrachtet seinen Plan als einen unabänderlichen. Wir müssen ihn ablehnen, weil wir wissen, daß andere Generale billigere Pläne haben, weil das Reserve-System, welches uns als etwas Gutes angepriesen worden ist, ausgebeugt werden soll. Der Reichskanzler meint, wir hätten gar keine Ahnung von dem Truppengefühl. Er hat jedenfalls keine Ahnung von den Imponderabilien, welche im bürgerlichen Leben eine große Rolle spielen. Er glaubt, es sei alles in die Wähler hineingeredet. Das ist nicht richtig. Die Stimmung in den bürgerlichen Kreisen bringen wir hier nur im geringsten Ton zum Ausdruck. Wenn der Reichskanzler sich begnügt mit der jetzigen Friedenspräsenzstärke, dann wollen wir in der Kommission eine Verständigung herbeiführen suchen. Ob wir aber bis an die Grenze der jetzigen Friedenspräsenz gehen, hängt noch von anderen Dingen ab, namentlich von der Bedingung der Aufgaben und von der Erklärung der Regierung über die Reformen auf militärischem Gebiete bezüglich des Verschwerdens und bezüglich der Militärstrafprozess-Ordnung. Kommt die Vorlage im Sinne der Regierung zu Stande, so möge die Regierung nicht glauben, daß sie dadurch für ihre künftige Politik gesichert ist, denn eine Regierung ist nicht stark, wenn sie sich auf ein schwaches, nachgiebiges Parlament stützt. Das Parlament muß der Ausdruck des wirklichen Volkswillens sein. (Zustimmung links.)

Abg. von Mantuffel (D.): Ich weise es zunächst zurück, daß Bebel sich auf mich berufen hat als laffischen Zeugen für die Tüchtigkeit der französischen Armee. Was ich damals gesagt habe, halte ich aufrecht, aber die Verhältnisse haben sich seitdem geändert, namentlich durch die Verbesserung der Gewehre und durch die Verwendung des rauchlosen Pulvers. Zum Nebenverdienst hat die Art und Weise, wie der Reichskanzler sich mit der konservativen Partei beschäftigt hat. Dem Reichskanzler steht gewiß das Recht zu, Kritik zu üben an den Reden und Abstimmungen der Parteien, aber er kann auch Verhandlungen außerhalb des Hauses kritisieren, aber er kann nicht glauben, daß er unsere Meinung dadurch beeinflussen wird. Er hat auf Grund von ungenauen Zeitungsberichten namentlich über den Gebrauch des Wortes „demagogisch“ sich ausgelassen. Ein Redner erklärte, man solle sich von dem Worte „demagogisch“ nicht fürchten; etwas demagogisch, d. h. vollenständig auszureifen könnte der konservativen Partei nicht schaden. Hiergegen einen Widerspruch zu erheben, lag keine Veranlassung vor. (Widerspruch links.) Am Schluß seiner zweiten Rede hat der Reichskanzler gesagt: einzelne Herren hätten die Absicht, ihre Zustimmung über die Militärvorlage von der Haltung der Regierung zum Bimetallismus abhängig zu machen. Sollte diese Auslegung gegen meine politischen Freunde gerichtet sein (Zuruf links: gegen Kardorff!), so muß ich dagegen nachdrücklich Protest erheben. Ich habe in meiner Rede vom 10. Dezember ausdrücklich erklärt, daß, wenn uns überzeugend nachgewiesen würde, daß die Existenz Deutschlands von dieser Vorlage abhängt, wir unsere Bedenken vor unserem Patriotismus weichen lassen würden. Diese so kühne Erklärung ist von keiner anderen Partei abgegeben worden (Beifall rechts).

Ihre Zustimmung niemals von Konzeptionen auf anderen Gebieten abhängig gemacht, am allerwenigsten bei Vorlagen von einer Wichtigkeit, wie die jetzige. Die Vergangenheit der Partei bürgt dafür, daß sie von diesem Grundsatz nicht abgehen wird. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf von Caprivi: Der stenographische Bericht ergibt, daß ich nicht behauptet habe, die konservative Partei als solche wolle ihre Abstimmung über die Militärvorlage vom Bimetallismus oder einer anderen Bedingung abhängig machen. Ich habe, wenn ich mich nicht irre, von einzelnen Herren gesprochen. Ich lege keinen Werth darauf, nachdem ein Mitglied, wenn auch nicht der konservativen, so doch der frei-konservativen Partei diesen Standpunkt hier im Hause voll und ganz vertreten hat. Was den Parteitag angeht, so habe ich mich für verpflichtet gehalten, mir klar zu machen, wie wird der Parteitag wirken und wie hat die Regierung ihre Forderung zu ziehen. Ich habe mich nach dem Bericht der, wie ich annehmen mußte am besten unterrichteten Kreuzzeitung informiert. Ich nehme mit Befriedigung und Genugthuung Akt davon, daß die Regierung, man wolle demagogisch handeln, nicht im Sinne der Partei gehen und nicht von der Partei akzeptiert wird. Sie in der Weise aufzufassen, daß die Partei sie sich zu eigen macht, war ich dadurch berechtigt, daß kein Widerspruch gegen die Regierung erfolgt ist. Und nicht diese Regierung ist es allein gewesen, die mich bedenklich gemacht hat, sondern es fielen Äußerungen, die auf den Prozeß, der in der letzten Woche seinen Abschluß gefunden hat, hingen, und die offene, unverhüllte Theilnahme mit dem Mante zum Ausdruck brachten, der infolge dieses Prozesses verurtheilt ist (Hört! links. Widerspruch rechts.), der das deutsche Heer in einer Weise angegriffen und geschädigt hat, wie das von einem Deutschen bisher nicht geschehen ist. (Sehr gut! links.) Das Verhalten der Konservativen auf diesem Parteitage erweckt den Anschein, als wenn sie sich mit diesem Mante und dessen Bestrebungen in Uebereinstimmung befinden. (Sehr richtig, links. Widerspruch rechts.) Ich berufe mich auf den Bericht, nach welchem der Gegenkandidat des Rectors Althardt erklärte, daß er ihm in der Stichwahl seine Stimme gegeben habe. Lieber sehr Althardt als ein Freisinniger. Stürmisches Bravo! (Hört! links.) Ich nehme mit Befriedigung davon Akt, daß die konservative Partei sich diese Regierung nicht aneignet, aber ich finde es entsetzlich, wenn ich daraufhin des Glaubens war. (Zustimmung links.)

Abg. v. Stauffenberg (D.): Es scheint in konservativen Kreisen von Freundesorten in ganz ungewöhnlichem Sinne Gebrauch gemacht zu sein. Das Wort demagogisch ist ein Fremdwort; aber Althardt ist kein Fremdwort. (Heiterkeit.) Es bleibt eigentlich nur noch übrig einen Epilog über die Verhandlung zu halten. Die allgemeine Mißstimmung hat Herr v. Bennigsen schon angeführt; der Herr Reichskanzler hat ja selbst früher einmal von dem Beunruhigungsprozess gesprochen. Die Mißstimmung ist vorhanden, aber sie ist ein Reflexum der Vergangenheit, eine Erbschaft, die die jetzige Regierung von der früheren übernommen hat; ich erinnere nur an die Unglücksgeburten des Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetzes, welches kein Produkt der gegenwärtigen Regierung ist. Der Reichskanzler stellt es so hin, als wenn die Militärvorlage ein Abschluß der Militärforderungen sei. Ich glaube ihm, daß seine Gedanken dahin gehen, aber wenn wir Land auf und Land ab gehen und den Deuten das erzählen wollten, so würde niemand uns das glauben. (Sehr richtig! links.) Die Entwidlung der Militärverhältnisse in den letzten 10 Jahren ist doch nicht aus der Welt zu schaffen. Vor wenigen Jahren hat man erst eine Veränderung des ganzen Wehrsystems gemacht zur Erhöhung der Kriegsstärke der Armee, und jetzt soll sie durch die Vorlage wieder beseitigt werden. Die Militärverwaltung mag zu solchen Schritten kommen, aber die öffentliche Meinung macht einen solchen Umswung nicht leicht mit. Bei allen Militärvorlagen hat man immer eine Erhöhung der Präsenz verlangt mit dem Hinweis auf andere Staaten. Alle 3 oder 4 Jahre versichern wir uns wieder, daß wir in der Stunde der Gefahr zusammenstehen wollen, daß es dann keine Parteien geben soll. Das macht schließlich keinen Eindruck mehr und entspricht auch durchaus nicht dem deutschen Charakter. Im Auslande hat man erklärt, daß die Vorlage angenommen werden müsse, daß der Reichstag aufgelöst werden müsse, bis die Vorlage Annahme gefunden habe. Diese lächerliche Auffassung in dem bundesfreundlichen Oesterreich hat die Chancen der Vorlage sicher nicht verbessert. Glaubt der Reichskanzler wirklich, daß seine Vorlage allgemeine Billigung findet? Die zweijährige gesetzlich festgelegte Dienstzeit wird zu einigen von Vortheil scheinen, andere werden aber denachtheiligt sein, nämlich diejenigen, welche jetzt nicht herangezogen werden. Das ist die Bimetalltruppe zuerst in das Feuer sollen, die Landwehrlente erst später, wird sehr populär sein. Aber diese Wirkung tritt doch nur im Kriege, d. h. im Ausnahmezustande hervor. Im Frieden, in dem regulären Zustande, wird davon gar nichts zu bemerken sein. Es gehört ein gewisses Abstraktionsvermögen dazu, um diese Vortheile sich zu vergegenwärtigen. Was aber sofort gefühlt wird, ist die fortwährende Steigerung der Militäraufgaben. Die zweijährige Dienstzeit wird ganz verschieden behandelt; wendet sich der Reichskanzler gegen die Rechte, dann bedeutet sie gar nichts, wendet er sich zum Zentrum oder zur Linken, dann ist sie etwas Erhebliches. Für die zweijährige Dienstzeit werden Konzeptionen verlangt, eine sehr erhebliche Erhöhung der Friedenspräsenz. So ist das Verhältnis aber nicht. Die zweijährige Dienstzeit ist kein Geschenk seitens der Regierung, sondern sie ist die unbedingte Voraussetzung für das, was die Regierung will; ohne die zweijährige Dienstzeit kann der Plan gar nicht durchgeführt werden. Die allgemeine Durchführung der Wehrpflicht kann auch eine absolute Regierung nicht herbeiführen, denn es würde ihr das Geld dazu fehlen. Selbst in dem Anfang, wie die Vorlage es will, wird die Durchführung schwer sein, weil man auf die nicht ganz tauglichen Personen zurückgreifen muß. Gehört die Armee dadurch etwas? Sogar latent Geisteskrante können in die Armee eingestellt werden. Eine ganze Reihe von Militärhandlungen ist darauf zurückzuführen, daß schwachmännige Personen eingestellt worden sind, von deren mangelhafter Befähigung die Offiziere und Unteroffiziere nichts wußten. (Sehr richtig! links.) Dazu kommt, daß die Qualität der Unteroffiziere theilweise eine schlechte ist und das wird noch vermehrt werden durch die starke Vermehrung der Zahl der Unteroffiziere. Wenn man nicht die soziale Stellung der Unteroffiziere erheblich verbessert, wird es immer schwerer werden anständige Leute für diesen Beruf zu finden. (Sehr richtig! links.) Die Kosten der Vorlage belaufen sich, wie schon Herr von Bennigsen ausgerechnet hat, auf 70 Millionen Mark. Die Steuerentlastungen werden diese Summen nicht einbringen, denn eine Verdoppelung des Steuerfußes führt durchaus nicht zur Verdoppelung der Einnahmen. Bei der Draufsteuer sagt man, die Bierbrauer können schon von ihrem Fette etwas lassen. Bei der Brauereisteuer ist man etwas vorsichtiger, so daß man eigentlich bedauern muß, daß man keine Brauereisteuer zahlt. Ich glaube, daß innerhalb der vorhandenen Mittel ein großer Theil dessen erreicht werden kann, was der Reichskanzler erreichen will. Weiter können wir nicht gehen. Ich hoffe, daß sich auf dieser Linie die Lösung der Frage finden lassen wird. (Beifall links.)

Abg. Lieber (Z): Herr Bebel hat das Zentrum angegriffen und es als kompromißfähig hingestellt. Herr von Huene hat erklärt, daß das Zentrum die Vorlage, wie sie liegt, für unannehmbar halte; daß war das Ergebnis mehrtägiger Verhandlungen. Darauf hat er einige Punkte persönlich berührt, bei denen er sich auch in Uebereinstimmung mit seiner Fraktion zu befinden hoffte, wenngleich er sich dessen nicht in allen Punkten versichert hatte. Mehr kann man den persönlichen und den Fraktionsstandpunkt wohl nicht trennen. Ich erkläre, daß ich mit allen meinen politischen Freunden vollständig auf dem Standpunkte des Herrn v. Huene stehe. Damit stehen wir auf dem Boden der Windthorst'schen Resolutionen, welche unvereinbar sind mit der Militärvorlage, trotz des Versuches des Reichskanzlers, die Resolutionen unzuwenden. Die Resolutionen Windthorst sind Beschluß des jetzigen Reichstages und wir haben sie anders verstanden als der Reichskanzler. Das geht aus der Begründung derselben durch Windthorst hervor, welcher von dem Projekt alle wehrfähigen Mannschaften zum Dienste heranzuziehen, sich niedergeschmettert erklärte; solche Pläne müßten ein für alle Mal ausgebeugt werden. Wir stehen alle auf dem Boden dieser Resolutionen und bitten die Regierung und den Reichskanzler, daran festzuhalten, daß wir weder diese Vorlage auf einmal annehmen können, noch auch, daß wir auf diesem Boden einen Anfang machen wollen. Wir wünschen keine grundsätzliche Veränderung der Organisation, sondern nur die Einführung der zweijährigen Dienstzeit im Rahmen der gegenwärtigen Verhältnisse. Wenn der Reichskanzler die Vermehrung der Präsenz als den springenden Punkt bezeichnet, so geben wir durch die vermehrte Rekruteneinstellung eine Verstärkung ohne Erhöhung der Präsenz. Weiter können wir nicht gehen. Auf die militärischen Einzelheiten will ich nicht eingehen; das überlasse ich den Sachverständigen der Regierung und des Hauses. Ich möchte mir nur die Bemerkung erlauben, daß Herr Bebel eigentlich die bester Begründung für die Vorlage gegeben hat (Heiterkeit); denn wenn er, soweit geht, daß er zum Vollstörer und sogar zur militärischen Jugendberziehung, vielleicht bis in die Säuglingsstube hineinkommt, dann ist die Vorlage ja nicht zu viel, sondern zu wenig. Sehr interessant war mir die Bemerkung des Herrn von Bebel (Große Heiterkeit) über die Russen. Er hatte eine so große Furcht vor ihnen, daß man glaubte, die Thüren müßten sich sofort öffnen und die Rosaden hineinstürmen. (Heiterkeit.) Die Mißstimmung oder sogar die Verbitterung draußen im Lande über das Mißverhältnis zwischen diesen Anforderungen und den wirtschaftlichen Verhältnissen kann hier gar keinen genügenden Ausdruck finden; daran würde der Herr Präsident uns hindern, denn dafür giebt es keinen parlamentarischen Ausdruck. Der Reichskanzler ist bereit, neben seiner Verantwortung auch die des Reichstages für die Vorlage auf sich zu nehmen. Ich muß sagen: Wir können neben unserer Verantwortung auch die der verbandelten Regierungen auf uns nehmen, wenn wir sagen: es geht auf diesem Weg ein für alle Mal nicht. Wir gehen dabei nicht leichten Herzens über die Bedenken bezüglich der Wehrfähigkeit des Reichs hinweg; aber ich kann nur daran erinnern, daß Reichensperger - Olpe schon bei früherer Gelegenheit gesagt hat: Wir wollen uns nicht zu einer Armee von Bettlern machen. Die Verantwortung für einen etwaigen Konflikt müssen wir von uns ablehnen. Bezüglich der Biersteuer werden schließlich doch nicht die Herren Bierbrauer die Leidenden sein, sondern entweder die Landwirtschaft, oder die Konsumenten, oder vielleicht beide. Warum schlägt man die Lasten immer auf die Nahrungs- und Genussmittel, warum greift man nicht zu Zuschlägen auf den direkten Einkommensteuern? Das ist ein gefährlicher Weg im Reiche, aber das Volk empfindet solche Steigerung der Lasten mit steigendem Unwillen. Die Mißstimmung, welche besteht, daran will ich Herrn von Bennigsen erinnern, ist durch Vorgänge hervorgerufen, die weit vor der jetzigen Regierung liegen, und Herr von Bennigsen hat einen erheblichen Antheil an dem genommen, was heute die Mißstimmung erzeugt und erhält. Ich erinnere an den Kulturkampf, die Gründerperiode und an das Sozialistengesetz. An allen diesen Dingen habe er und seine Freunde großen Antheil genommen. Er hätte sich also nicht ganz in der beschriebenen Besetzung verschwinden lassen sollen. Herr v. Bennigsen hat den Unstern bedauert, der über dieser Vorlage waltete und die Angriffe auf die Regierung. Wie schlecht diszipliniert muß doch die nationalliberale Presse sein, daß sie den ganzen Sommer hindurch und bis in die letzten Tage hinein die Regierung auf das heftigste befehde und dem jetzigen Leiter der Politik mit den gehässigsten Angriffen überschüttete (Zustimmung links), wie dies nicht einmal seitens der sozialdemokratischen Presse geschehen ist. Wir können der Regierung nur raten, einen anderen Weg zur Sicherung des Vaterlandes zu beschreiten. Der verstorbene Abgeordnete Windthorst hat auf; die sozialpolitische internationale Konferenz hingewiesen und ähnliches auch für die Sicherung des Friedens verlangt. Ich will hierbei die Frage berühren, die Herr von Kardorff aufgeworfen hat, wie wir mit der Forderung der territorialen Unabhängigkeit des Papstthums dem Dreibund gegenüber bestehen wollen. Ich habe diese Forderung nicht erhoben, sondern Graf Ballestrem hat es gethan ebenso wie früher Herr Windthorst. Er hat auch dabei unsere Stellung zum Dreibund dahin präzisirt, daß wir denselben nicht schädigen wollen, daß aber die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des römischen Stuhles eine Forderung der Gerechtigkeit ist. Niemand von uns denkt daran, die Wiederherstellung der territorialen Unabhängigkeit des heiligen Stuhles unter Führung des Dreibundes zu verlangen. Der europäische Frieden müßte auf noch breiterer Grundlage gesichert sein als auf der des Dreibundes. Es würde eine schöne und große Aufgabe des neuen Kurzes sein, wenn er von dem Bismarck'schen Gewaltboden auf einen neuen europäischen Rechtsboden herüberzulenken, Weisheit und Kraft genug besäße. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf v. d. Decken: Wir akzeptieren die zweijährige Dienstzeit, aber nur, wenn sie in eine Form gebracht wird, wo sie wirklich eine Entlastung bringt, während sie jetzt eine Erhöhung der Lasten ist. Der jetzige Zustand Europas ist ein derartiger, daß eigentlich der moralische und finanzielle Bankrott herrscht und von der anderen Seite werden immer neue militärische Forderungen aufgestellt. Es kommt mir das Bild des Spielers vor Augen, der seinen letzten Groschen hinwirft und va banque! ruft. Eine solche Wirtschaft muß zur Entlastung der Nation führen. Die Hannoversche Partei ist gegen jede Wehrbewilligung, weil dadurch nur die anderen Seiten ebenfalls zu weiteren Rüstungen gereizt würden. Der Frieden muß aber mehr auf dem Wohlstand der Nation und auf dem Boden des Rechts gesichert werden, als durch übermäßige Rüstungen.

Abg. Prinz Carolath (Wid): wendet sich gegen die Ausführungen Bebel's über die Militärsache und erkennt an, daß Gambetta in der Organisation des Widerstandes außerordentlich geleistet hat; freilich waren die Generale, die ihm das Kaiserthum übriggelassen hatte, nicht die besten. (Unruhe rechts.) Man könnte daraus etwas lernen (Unruhe rechts), nämlich das Eine: daß die Marschälle des ersten Kaiserreichs aus Klassen hervorgegangen sind, aus denen man sie heute nicht nehmen würde. (Zustimmung links.) Die Truppen, welche in den ersten Schlachten der Freiheitskriege gefochten haben, waren auch keine

ausgebildeten Soldaten, sondern junge consorts, denen man meist erst unterwegs ein Gewehr in die Hand gegeben hatte. Ein Vorzug der Vorlage ist die zweijährige Dienstzeit und die Entlastung der älteren Jahrgänge. Der Reichsanwalt erklärte, daß er im vorigen Jahre die Truppen nicht hätte wecken wollen. Was ist denn seitdem geschehen, daß diese Vorlage nötig geworden? In Frankreich hat man die vorgeschriebene Frist der Wehrdienstes einmal erreicht; wir haben die friedliche Situation. Wo liegt die Veranlassung zu größeren Aufwendungen? Ist der Zustand weniger friedlich, so würde es bedenklich sein, mit derzeitigen Wehrforderungen hervorzutreten. Mindestens müßten dann die anderen Staaten des Dreiecks ihrerseits auch ihre Rüstungen verstärken. In Italien sagt man: Italien sei weniger bedroht, als Deutschland. Ich glaube, die Italiener sehen in den Franzosen noch die Freunde von Solferino. Deshalb soll Deutschland allein die Lasten tragen. Es würde nicht überflüssig sein, Italien darüber zu belehren. (Rufe rechts: Zur Sache!) Das gehört zur Sache. Die Italiener, nicht die italienische Regierung müßten in dieser Sache einmal belehrt werden. Unsere Finanzen sollten auch in Betracht gezogen werden; wir haben 2 Milliarden Schulden und in Preußen und hier Defizits. Bis ich vor Jahresfrist von den hungernden und frierenden Arbeitern sprach, wurde mir Uebertreibung vorgeworfen. Sehen Sie die jetzigen Verhältnisse der Industrie an. Die „Kreuz-“ Zeitung“ selbst schreibt davon, daß der holländische Hunger bei Millionen zum Fenster hereinsehe. Die ländlichen Arbeiter, welche recht mehr zum Militär herangezogen werden, werden in der Großstadt bleiben und das platte Land wird noch mehr Arbeiter entbehren und entvölkert werden. Es wird in Zukunft noch schwieriger sein, Leute, die durchaus dringend zu Hause gebraucht werden, ohne deren Anwesenheit die Wirtschaft zu Grunde geht, vom Militärdienste zu befreien. Ich hoffe, daß nicht auf Kosten der wissenschaftlichen Ausbildung der Offiziere der Mehrbedarf gedeckt wird. Das ist ein sehr wichtiger Punkt und ich hoffe, daß der Reichsanwalt, der selbst großes Interesse für die wissenschaftliche Förderung der Offiziere hat, darauf großes Gewicht legen wird. Die Landwehr ist angegriffen worden; es ist merkwürdig, daß die Angriffe aus denselben Kreisen kommen, wie 1818. Ich verweise auf die Denkwürdigkeiten des Feldmarschalls von Bogen, der schildert, mit welchen Kämpfen er die Institution der Landwehr durchzusetzen hatte (Der Präsident bittet den Redner, streng bei der Sache zu bleiben). Eine große Mißstimmung herrscht im Lande. Ich brauche dabei nur auf die zunehmende Auswanderung hinzuweisen. Der Ernst der Lage kann nicht besser dargelegt werden, als wenn Graf Bredow so, wie er es gestern getan hat, sprechen müßte. Man sollte doch etwas Rücksicht darauf nehmen, daß das Reich den Süddeutschen eine liebe Ertragschaft bleibt. (Zustimmung links.)

Abg. Oßan (all.) bestritt, daß überall eine so große Mißstimmung herrsche, wie Herr Hartmann habe darstellen wollen. Vereinzelt herrsche ja wohl Mißstimmung, aber sie sei kein Niedersium von der früheren Regierung, sondern sie in allgemeinen Verhältnissen begründet. Wenn der Niedergang in den wirtschaftlichen Verhältnissen sei überall in der Welt vorhanden und so groß sei auch nicht die Kraft der früheren Regierung gewesen, einen solchen allgemeinen Druck herbeizuführen. Ich muß es auch ablehnen, daß die Nationalliberalen Ursache zu dieser Mißstimmung gegeben haben. Um die Mißstimmung herbeizuführen, dazu bedürfte es der systematischen Beunruhigung. (Zuruf links: „Nationalzeitung“!) Es werden politische Wallfahrten veranstaltet. (Zuruf links: Rüstungen, Jena!) Ueberall erklingen dieselben Trommeln und es ist natürlich, daß dadurch die Mißstimmung verstärkt wird. Wenn das überstanden wird, dann wird man zwar der Vorlage nicht freundlich gegenüber stehen, aber man wird den Forderungen auch nicht ohne weiteres den Rücken kehren. Das Zentrum ist ja auch bereit, eine Verständigung mit der Regierung zu suchen; es will etwas fertig bringen. Das wollen wir auch; wie weit wir dabei gehen werden, wissen wir jetzt selber noch nicht. Auf die Wahlen spekulieren wir nicht; das ist nicht der Standpunkt einer Partei; es ist jedem von uns ganz gleichgültig, ob er hinausgeworfen wird oder nicht. Die jetzige Vorlage ist für uns unannehmbar. Dasjenige, dessen Notwendigkeit uns nachgewiesen wird, werden wir annehmen, nicht aus Vergnügen an Militärlasten, sondern weil in erster Linie die Erziehung und die Erhaltung des Vaterlandes auf dem Spiele steht. Mit den Militärs ist es auch nichts und ich glaube auch, die Meinung des Herrn an den neuen Kurs wird ohne Erfolg sein, selbst wenn eine Politik des Friedens und der Weisheit eingeführt würde, würde der Widerstand daher ein sehr großer sein. Deutschland liegt nun einmal in der Mitte Europas und solche Verhältnisse lassen sich von oben herab von Niemand regulieren und wenn er der höchste wäre. Keine Militär- oder Steuervorlage hat Freude erregt, folgt aber daraus, daß wir darum das Volk aufzureizen, müssen wir nicht vielwehre nachweisen, daß die Verstärkung zum Teil notwendig sei? So bumm ist das Volk nicht, doch es das nicht begreifen, daß es nicht erkennen wird, daß die Vorlage auf lange Zeit hin wirken wird (Lachen links), daß Sie (nach links deutend) dieser Ansicht nicht sind, weiß ich; aber ich bin dieser Ansicht. In den siebziger und achtziger Jahren ist viel geleistet worden; aber trotz uns haben wir niemals den Mann, der damals an der Spitze des Reiches stand, als unsehbar bezeichnet (Rufe links: Na, Na!). Herr v. Bennigsen hat mitgearbeitet an allen Grundlagen des Reiches. Am Kulturkampf und Sozialistengesetz sind wir allerdings auch beteiligt, aber wir sind noch heute der Meinung, daß diese Dinge zur gegebenen Zeit notwendig waren (Widerspruch links). Wenn die Regierung eine Verstärkung des Heeres als notwendig bezeichnet und dabei die zweijährige Dienstzeit anbietet, so müssen wir zu einer Verständigung gelangen. Trotz der Rede des Reichsanwalts gebe ich die Hoffnung noch nicht auf. (Zuruf links: Noch am Grunde pflanzt er die Hoffnung auf! Heiterkeit.) Wir halten es nicht für nötig, von vornherein zu sagen: es ist unerreichlich. Ich gehe in die Kommission, nicht um an einen Zeichenbegangnis (Zuruf: an einem ehrenvollen Zeichenbegangnis. Heiterkeit.) teilzunehmen, sondern um die Gründe der anderen Parteien zu hören und eine Einigung herbeizuführen auf Grund der Vorlage, nicht aber die Vorlage selbst (Beifall). Damit schließt die Diskussion; persönlich bemerkt Abg. von Mantaukel, daß er den Bericht der „Kreuz-“ Zeitung“ jürr habe bezüglich des Wortes „demagogisch“, auf das auch der Reichsanwalt sich berufen hat.

Die Vorlage wird einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. Liebermann von Sonnenberg betreffend Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Ahlwardt. Abg. Liebermann von Sonnenberg: Es handelt sich hier nicht um einen antisemitischen Antrag, sonst hätten wohl die Herren Singer und Bismarck ihre Unterschriften nicht gegeben. (Zuruf eines Sozialdemokraten: Das ist eine Gemeinheit.) Präsident von Reventlow: Ich habe einen Ausdruck gehört, der unter der Würde des Hauses ist. (Zustimmung.) Abg. von Liebermann fortfahrend: Ich weiß nicht, wie der Herr Kollege die Konstatierung einer Thatfache mit einem solchen Ausdruck bezeichnen kann. Früher haben alle Parteien solche Anträge unterstellt ohne Rücksicht auf die Person; die Anträge wurden glatt angenommen, nur hier wollte man den Antrag ablehnen, um eine Verjährung zu verhindern, oder ihn in die Geschäftsordnungs-Kommission verweisen. Hier solche Anträge sind in dieser Session schon angenommen worden, und nun will man beim nächsten Antrag das Prinzip geltend machen. Das wäre nicht richtig. Es wird gesagt, Ahlwardt wäre so wie so verurteilt, den Sitzungen des Reichstages beiwohnen. Denn bis zur Verurteilung wird im Februar würde das neue Erkenntnis rechtskräftig werden können, und die Strafe könnte dann gleich im Anschluß an die verurteilte Strafe vollzogen werden und dann wäre der Abg.

Ahlwardt verurteilt, sein Mandat auszuüben. Ich will mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage, auf die bevorstehenden Weihnachtsferien und die mangelhafte Beschlußfähigkeit des Hauses keine Diskussion anregen und bitte Sie nur den Antrag anzunehmen.

Abg. Hartmann (Dank.): Ich glaube doch nicht, daß man den Antrag ohne gründliche Prüfung annehmen kann. Es liegt ein großes Interesse vor, daß der betreffende Prozeß möglichst bald rechtskräftig entschieden wird. Ein anderer Umstand ist der, daß der betreffende Abgeordnete sich in Strafhast befindet und bis zum 21. Februar nächsten Jahres darin verbleiben wird. Bis dahin würde die Unterbrechung des Verfahrens nicht das herbeiführen, was der Gesetzgeber wollte, als er die Immunität der Reichstags-Abgeordneten vorschrieb. Der Reichstag hat in jedem Einzelfall zu entscheiden, welche Interessen den Vorrang verdienen, die Interessen der Justiz oder die des Reichstages. Bisher ist der Reichstag immer davon ausgegangen, daß die Verjährung der Strafverfolgung durch eine Aussetzung des Verfahrens unterbrochen wird. Ich habe dieser Ansicht nie gegolten. Inzwischen ist diese Frage entschieden; die Verjährungsfrist läuft bei dieser Unterbrechung des Verfahrens. Hier handelt es sich um ein Vergehen durch die Presse, welches nach sechs Monaten verjährt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag so lange sitzt, daß die Verjährung eintritt. Der Reichstag muß sich klar machen, daß er den Angeklagten der Strafe überhaupt entzieht und daß Streitfragen, deren Entscheidung von hohem Interesse ist, in der Luft schweben bleiben. Deshalb müssen wir fragen, ob das bisherige Verfahren der platten Annahme solcher Anträge aufrecht erhalten werden kann. Im Plenum kann eine solche Entscheidung nicht getroffen werden. Ich empfehle die Verweisung des Antrages an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Abg. Wölffler (Z.): Meine Freunde wollen diesem Antrag ohne Weiteres stattgeben. Wir haben keinen Anlaß, in diesem Falle anders zu verfahren als bisher. Die Frage der Immunität ist unabhängig von Partei und Person. Das hat Windthorst den Sozialdemokraten gegenüber geltend gemacht, und wir wollen es gelten lassen auch gegenüber den Antisemiten. Wir haben keinen Anlaß, sie von unseren Hochschüssen abzuschütteln. Ob andere Auffassungen den andern Anträgen zu Grunde liegen, lasse ich dahingestellt. Auf die Verjährungsfrist haben wir keine Rücksicht zu nehmen. Es ist nicht unsere Sache, der Justiz zu helfen. Es ist unsere Sache, dafür zu sorgen, daß dem Abgeordneten die Möglichkeit zur Teilnahme an den Reichstagsverhandlungen freisteht, sobald er aus der Strafhast entlassen wird. Es giebt thatsächliche und juristische Momente, welche die Strafhast früher beenden können und dann würde schließlich der Wahlkreis bei einer Abstimmung über die Militärvorlage unvertreten sein, deshalb nehmen wir den Antrag an. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Singer (Soj.): Ich kann mich nur vollständig den Ausführungen des Redneres anschließen. Für uns liegt keine Veranlassung vor, aus Anlaß eines einzigen Falles den Rest der witzigen Rechte des Reichstages aufzugeben, und die Immunität, welche Art. 31 der Verfassung giebt, von der Personenzuge des betr. Abgeordneten abhängig zu machen. Wie weit der Antrag Hartmann einfließt wird von dem Urtheil, welches der Reichsanwalt hier über den konservativen Parteitag abgegeben hat, wohl ich nicht. Es ist nur auffällig, daß der Abg. Hartmann für seine Partei heute eine Stellung einnimmt, die von der früheren grundverschieden ist. Der Grund, daß der betreffende Abgeordnete bis zum 21. Februar in Strafhast bleiben muß und deshalb nicht in den Reichstag kommen kann, spricht nicht dafür, daß man eine neue Verhandlung gegen denselben Abgeordneten nicht einstellen lassen kann. Außerdem braucht der Abgeordnete bloß beagnadigt zu werden, um hier erscheinen zu können. Seine Strafhast kann wegen Krankheit aufgehoben werden, und dieser Strafausschub braucht seine Anwesenheit im Reichstag nicht zu verhindern. Der Prozeß, um dessen Einstellung es sich hier handelt, kann ja bis zum 21. Februar entschieden sein. Wir kennen ja Fälle, in denen auch das Reichsgericht sehr schnell arbeitet, und verweist das Reichsgericht die Revision, dann ist es dem Abgeordneten erst recht unmöglich, seine Pflicht als Reichstags-Abgeordneter zu erfüllen, weil er auf eine Einlösung dann nicht zu rechnen hat. Daß der Abg. Hartmann sich in diesem Falle mit der freisinnigen Partei oder einem Teil ihrer Presse im Unverständniß befindet, wird der freisinnigen Partei vielleicht bezug sein, aber es ist dies eine Bundesgenossenschaft, über welche die freisinnige Partei sich sonst nicht sehr freut. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß jedes Abweichen von den Rechtsgrundrissen bedenklich ist. Der Reichstag kann ohne Kommissionsberatung über diese Frage laut entscheiden, und es könnte sehr leicht kommen, nach der heutigen Rede des Reichsanwaltes, daß auch Mitglieder der konservativen Partei den Schuß des Artikels 31 der Verfassung anrufen. Unserer Unterstützung können Sie immer sicher sein. (Heiterkeit.) Deshalb sollten auch die Konservativen ihren Widerspruch aufgeben. Wir werden gegen die Kommissionsberatung stimmen.

Abg. Stadthagen (Soj.): Die Verjährung wird durchaus nicht unterbrochen. Das Reichsgericht hat nur erklärt, daß die rechtswidrigen Handlungen der Staatsanwälte die Verjährungsfrist nicht unterbrechen. Es ist aber nur nötig, daß zur vorläufigen der sechsmonatlichen Frist beim Reichstage die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung nachgelassen wird, dann läuft wieder eine neue sechsmonatliche Frist. Es wird hier so dargestellt, als wenn die kurzen Fristen zu Gunsten des Angeklagten eingeführt sind; das ist nicht richtig. Sie sind zu Gunsten der anderen Beteiligten eingeführt, weil ein Beweis über die behauptete That nach längerer Zeit schwieriger zu führen ist, als bald nach der That. Es handelt sich hier gar nicht um ein persönliches Privilegium, sondern um ein Privilegium der Wahlfreie, hier vertreten zu sein.

Abg. Richter (Dr.): Ich habe auch nicht nötig, Herrn Ahlwardt von meinen Hochschüssen abzuschütteln. Ich will das Privilegium ohne Ansehen der Partei schützen. Das Privilegium geht dahin, daß die parlamentarische Thätigkeit nicht gestört wird. Mit dem Antrage hätte man doch warten können, bis Herr Ahlwardt in die Lage kommt, sein Mandat auszuüben. Mindestens hätte man doch warten müssen, bis der Termin für die Revision angesetzt ist. (Zuruf: Vertagung.) Wenn der Reichstag verortet ist, dann hat Herr Ahlwardt hier auch nichts zu thun. Der Antrag kann nur den Zweck haben, eine Verjährung herbeizuführen. Wir haben nicht das Recht auf Grund eines Privilegiums die Justiz zu hemmen. Ziehen Sie den Antrag jetzt zurück und bringen Sie ihn nach den Ferien ein, dann liegt auch die Gefahr der Verjährung nicht vor, denn bis in den Juli hinein werden wir nicht sitzen. Da der Antrag gestellt ist, die Sache der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen, so kann ich demselben nicht entgegen treten. Ich werde für denselben stimmen.

Abg. Hartmann (Dr.): Die Uebereinstimmung mit dem Redner ist ein sehr seltener Fall. In der Verfassung steht nichts von einem Rechte des einzelnen Abgeordneten, sondern es heißt: Auf Verlangen des Reichstages muß ein Strafverfahren eingestellt werden. Der Reichstag hat also zu prüfen, ob ein solches Verlangen zu stellen ist. Der Reichstag muß abwägen, welche Interessen den Vorrang verdienen, die Interessen des Reichstages oder die der Justiz. Wir haben niemals den Standpunkt vertreten, daß solche Anträge unbedenkenlich angenommen werden. Wenn wir nicht bei jedem Antrag unseren Standpunkt gewahrt haben, so geschah es, weil die Sache unbedeutend war. Das ist hier nicht der Fall.

Abg. v. Marquardien: In bezug auf die beiden Vordem Bunde der dritte. (Zuruf Singer's: Das neue Kartell.) Ich protestire dagegen, daß diese unsere vorläufige Entscheidung irgend was zu thun hat mit Herrn Ahlwardt oder mit irgend einer sonstigen Person. Wenn ein Teil des Hauses wünscht, daß seine

Kommission eingesetzt werden soll, so liegt man sonst mit Routrouille damit einverstanden zu sein. Es handelt sich aber hier um eine prinzipielle Entscheidung; die Verfassung giebt kein Privilegium den einzelnen Abgeordneten, sondern es handelt sich um eine Befugnis des Reichstages und es liegt hier die Gefahr vor, daß durch Eintritt der Verjährung wirklich schuldvolle Handlungen unbefristet bleiben. Dazu mitzuwirken, kann nicht Aufgabe dieses Hauses sein. Dazu kommt das Erkenntnis des Reichsgerichts, nach welchem die Verjährungsfrist aus während der Verjährung weiter laufen. Redner bezieht sich auf eine Aeußerung Windthorst's, wonach solche Anträge auch im Plenum ohne Weiteres zurückgewiesen werden könnten.

Abg. Wölffler (Z.): Wenn ich annehmen dürfte, daß der Antrag lediglich den Zweck hätte, die Verjährung herbeizuführen, würde ich ihn nicht unterstützen. Herr Richter will doch von dem früheren abweichendes Verhalten den Eintritt Ahlwardt's verhindern. Redner verweist auf einen Fall aus dem Jahre 1876, wo bezüglich des Herrn Stöbel ein ähnlicher Fall vorlag. Derselbe befand sich in Haft und es wurde gegen ihn ein weiteres Verfahren eröffnet, ganz wie im Fall Ahlwardt. Die Einstellung dieses Verfahrens wurde vom Abg. Schröder beantragt. Damals beantragte Herr Hammacher die Verweisung an die Geschäftsordnungs-Kommission, was allgemeinen Widerspruch hervorrief. Herr Hammacher zog nach erfolgter Erklärung seinen Antrag zurück. Heute liegt genau derselbe Fall vor. Wir müssen gleiches Recht verlangen auch in diesem Falle.

Abg. Richter (Dr.): Die Bedeutung des Falles kommt mir nicht gar nicht in Betracht. Ich will Herrn Ahlwardt nicht von den Sitzungen fern halten; sobald er dazu im Stande wäre, wird er erscheinen, würde ich Alles thun, ihn hierher zu bringen. Ich bedauere, daß er nicht schon am Montage hier war, um im Antwort des Reichsanwaltes zu hören, daß er nicht schon einige Monate früher gewählt wurde; er hätte längt an Bedeutung verloren. Beim Fall Stöbel handelte es sich um eine kurze Session von zwei Monaten, die die Verjährungsfrist keinen Einfluß haben konnte. Wenn ich gesagt habe, der Antrag hätte den Zweck, die Verjährung herbeizuführen, so muß ich mich corrigieren; ich wollte sagen: er würde diese Wirkung haben. Ich habe den Wunsch ausgesprochen, daß der Antrag erst nach den Ferien zur Verhandlung gestellt werden sollte; dann hätten wir ohne Bedenken dafür gestimmt, weil dann die Gefahr der Verjährung nicht mehr vorliegt.

Damit schließt die Diskussion. Ab Antragsteller erhält das

Schluswort: Abg. Liebermann von Sonnenberg: Man will nur die Verjährung verhindern und sagt: Das ist der einzige Zweck des Antrages. Das weise ich zurück: ich muß besser wissen, was der Zweck meines Antrages ist. Bis zum Ablauf der Strafhast kann das neue Urtheil rechtskräftig werden, und dann behält Ahlwardt gleich in Haft, namentlich wenn der Reichstag verjährt ist. Ich habe das Gefühl, daß Herr Richter die Sache unangenehm ist, daß er gegen seine Ueberzeugung sprechen mußte. Ich glaube, wenn ein anderer Fall vorlag, als Ahlwardt, würde Herr Richter anders sprechen. Die Konservativen haben sich auf ein Prinzip festgesetzt, und Herr Hartmann meinte, es habe sich bei früheren Anträgen um wichtige Dinge gehandelt. In Verfassungsfragen giebt es nicht Unwichtiges. Die Konservativen haben einem Antrage zugestimmt, Herrn Stadthagen betreffend, wobei es sich um einen Hausfriedensbruch handelte. Ist das so unwichtig? (Heiterkeit.) Es scheint, als ob man vor Ahlwardt Angst hat; vielmehr kommt nächstens ein Widerspruch: Ahlwardt kommt! (Heiterkeit.) Die Herren, die sonst immer als Hüter der Verfassung sich aufspielen, sollten doch unseren Antrag annehmen. Sie (links) haben den Konservativen oft genug vorgeworfen: Und der König will solat, wenn er uns den Willen thut. Soll man von ihm etwas sagen: Doch die Verfassung, sie sei unser Banner, wenn sie uns paßt; sonst nieder mit ihr! (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, den Antrag auf Kommissionsberatung abzulehnen und der Verfassung durch Annahme meines Antrages Genüge zu thun.

Die Abstimmung über die Verweisung an die Kommission ist zweifelhaft. Es muß zur Anzahlung geschritten werden. Die Ueberweisung an die Kommission stimmen die Konservativen, die Reichspartei mit Ausnahme des Grafen Armin, die Nationalliberalen, die Freisinnigen mit Ausnahme der Abg. Richter, Kaufmann, Padonik, Ruge, Bollrath, Dirck, Müller und v. Heibitz. Die Ueberweisung wird mit 114 gegen 100 Stimmen abgelehnt und der Antrag darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Erste Sitzung des Gesammtauschusses, betreffend die Erbschaftsteuer und Fortsetzung der ersten Beratung der lux. Frage.)

Tokales.

Im Anschluß an unsere gestrige Notiz über die Festsetzung der Abendunterhaltung zu Gunsten der gemauerten Pferdebau-Arbeiter in den Konordia-Festhallen am nächsten Sonntagabend können wir mittheilen, daß nicht 12, sondern 10 Bilder aus der großen Revolution, episch-dramatische Dichtung in 8 Bildern von A. Wih. Diese Dichtung handelt in großartiger Weise historische Momente aus der französischen Revolution des vorigen Jahrhunderts. Die Teilnehmer dürften deshalb einen recht genügenden Abend verbringen, da die Darstellung der lebenden Bilder vom Gesang für vollständige Kunst“ aufgeführt wird, während die Gesangsvereine: „Berliner Sängerverein“, Kreuzberger Harmonie-„St. Urban“ unter der Leitung des Bundesleitenden Herrn Gutzke neben einer Kapelle von Berufsmusikern den musikalischen Schmuck herbeiführen werden.

Professor Ludwig Büchner aus Darmstadt hat an einem der letzten Abende im „Vereinshaus“ einen Vortrag über Sozialreform und Sozialdemokratie gehalten, bei welchem die Sozialdemokratie natürlich nicht zum besten fortgekommen ist. Herr Professor gehört zu jenen Politikern, die nicht Fisch und Fleisch sind, er möchte ja ganz gerne, aber — er „sitzt mit“ und blickt deshalb auf halbem Wege stehen. Das gegenwärtige Zustand nicht mehr lange dauern kann, daß ein, denn „der gegenwärtige Zustand der Menschengefährdung müsse in den Augen jedes Menschenfreundes als ein höchst erschütterliches bezeichnet werden“. Aber wie helfen, das Frage! Für die Anwendung eines durchgreifenden Mittels ist der Herr Professor nicht erwärmer, er tritt sehr zurückhaltend auf, da er einen vollständigen Ausgleich nicht für möglich sondern nur „theilweise“ den sozialen Nothstand mildern zur „theilweisen“ Abhilfe schlägt er dreierlei Mittel vor: 1. Schaffung der Bodenrente durch Zurückführung des Grundbodens in den Besitz des Staates, 2. Beschränkung der seitigen des Erbes, 3. Umwandlung des Staates in eine allgemeine Versicherungsgesellschaft gegen Verarmung, Invalidität oder Tod.

Das mag ja auch alles ganz schön und gut sein, aber einer „theilweisen“ Lösung der sozialen Frage ist absolut nicht manden gebührt. Heute muß schon jeder Parteibekannter, er vor dem „Entweder — oder“. Das soziale Fließwerk des Professors hat gar keinen Zweck, ganz abgesehen davon, daß dem Militär- und Kapitalistischen Staat auch nicht im Traum fallen wird, auch nur eine seiner Forderungen zu erfüllen. Die Verstaatlichung des Grund und Bodens bedingt in unmittelbarer Konsequenz die Verstaatlichung der Industrie und Handels und Gewerbes und zwar in sozialistischem Sinne.

dem Gebäude der heutigen Gesellschaftsordnung noch herum-
wühlen ist verlorene Lebensmühe, es gilt die Errichtung der
gesamten Staat, nur dann wird sich der gegenwärtige
Zustand der Menschheitsgesellschaft zu einem erfreulichen gestalten.

Das Glätte ist seit kurzer Zeit in den Vororten Berlins
so recht eine Gefahr für die geraden Gliedmaßen namentlich der
Kinder, die in der finsternen Nacht ihr Heim verlassenden Prole-
tarien, und man thut gut, sich vor dem Verlassen der Wohnung
die Knochen genau zu nummerieren, damit man sie im Falle eines
Sturzes der Kinder, der Bräute oder gar des Gemüths wieder zu-
sammenfindet. Die Glätte hat sich schon viele Opfer gefordert,
von denen man aber nur in den seltensten Fällen hört, denn wenn
jemand austritt und hinfällt, daß die Knochen trocken, nach
einer Weile aber im Sande ist, aufzustehen und seiner Wege zu
gehen, dann läßt er meistens, froh, sich keinen größeren Schaden
gethan zu haben, die Sache auf sich beruhen. Wer in
den Vororten Berlins wohnt, weiß davon zu erzählen; im
Beispiel ist es wahrhaft lebensgefährlich, an solchen
Morgen auf dem Wege nach dem Bahnhofe zu Pantow an der
Nordbahn (und wie hier, so wird es mehr oder weniger in an-
deren Berliner Vororten auch der Fall sein). Hat man sich durch
die Gefahr für die Knochen bis zur Nordbahn-Brücke hindurch-
gearbeitet, so muß man nach Norden ein gutes Stück, mehrere
hundert Schritte, zur Bahn gehörigen Weges bis zum Wohn-
ausgang zurücklegen. Dieser Weg befindet sich bei Glätte in
dem Zustande herrlicher Glätte, also im Zustande der denkbar
größten Vernachlässigung. Hier fällt Schnee, wird festgetreten
und bleibt liegen, bis ihn die Sonne weghaut, und Asche scheint
es in den zur Bahn gehörigen Gebäuden nicht zu geben; die
mühte vielleicht andernwärts ihener gekauft werden. In
welchem Zustande sich unter solchen Umständen dieser
auch noch etwas gewählte Weg bei Abwechslung von
Thau- und Frostwetter befindet, läßt sich leicht denken, und es
wäre zu wünschen, daß hier, wie überall, wo solche Uebel-
stände zu Tage treten, in Zukunft Wandel geschaffen werde.

Von Herrn Gustav Lichtenstein, Culmstr. 32 wohnhaft,
erhalten wir folgende Erklärung: Es ist mir zu Ohren gekommen,
daß man verschiedentlich der Vermuthung Ausdruck gegeben hat,
als ob ich der im Ahlwardt-Prozesse genannte Redakteur Lichte-
stein sei. Obwohl ich bisher einen Protest gegen diese Annahme
für überflüssig erachtet habe, zwingen mich die von verschiedener
Seite ergangenen Anfragen doch dazu, hiergegen entschieden Ver-
wahrung einzulegen, um nicht durch eine falsche Voraussetzung
falsche Schlüsse entziehen zu lassen. Berlin W., Culmstr. 32.
Gustav Lichtenstein.

Herr Vätermeister J. Förster ersucht uns, zum Artikel
der Sanitätskommission bezüglich mitzutheilen, daß er nicht
Inhaber der in demselben besprochenen Bäckerei-Apothekerei ist.
Es liege also wahrscheinlich eine Namensverwechslung vor. Sein
Geschäft befindet sich Riethestr. 8. Der Angehörige der Sanitäts-
kommission habe bei ihm nichts zu tabeln gehabt.

Ein Vorfal, wie er brutaler kaum gedacht werden kann,
spielte sich, einer hiesigen Abendzeitung zufolge, am Dienstag-
Morgen etwa um 10 Uhr auf der Molllebrücke ab. Ein Pferde-
besitzer der Linie Sneyenaustraße-Moabit näherte sich der
auf genannter Brücke befindlichen Haltestelle. Ein altes Mann-
chen, noch dazu mit einem Badet beschwert, stieg aus Trittbrett,
auf das Rücken des Wagens anzuwarfen. In demselben Augen-
blick versuchte ein großer, breitschulteriger Herr den Wagen zu
besteigen, den alten Mann anfangend, er solle abspringen. Da
dies nicht sofort geschah, sprang der Herr hinter den Alten auf
das Trittbrett, gleichzeitig sich an ihn klammernd und — sobald
er selbst festen Fuß gefast — ihn hinabstößend. Zum Glück hielt
der Pferdebesitzer in diesem Augenblick, so daß ein größeres
Unglück vermieden wurde. Der Name dieses Herrn ist Doktor
W., er steht der Pferdebesitzer-Gesellschaft besonders nahe.
— Beschuldigt wird dem der Name dieses Vorfalles nicht ge-
nannt?

Das Polizeipräsidium hat den Revierwachen, Beziehungs-
weilen den Straßendienst thätigen Schuppleuten die Anweisung zu
geben lassen, streng auf die hier zum Verkauf gelangenden
Weihnachtsbäume zu achten und die Händler derselben dahin zu
kontrollieren, inwieweit sie dieselben über die Herkunft der Bäume
ausweisen können. Die Veranlassung zu dieser polizeilichen Ver-
ordnung ist in dem Umstande zu suchen, daß in diesem und auch
im vorigen Jahre sehr viel Tannen und Fichten sowohl in den
Einkaufsstellen wie Privatwohnungen in Berlin herum gestohlen worden
sind. — Die „Staatsbürger-Zeitung“ macht übrigens bei dieser
Gelegenheit auf eine Polizeiverordnung aufmerksam, wonach in
allen Häusern, in denen Weihnachtsbäume ohne Ursprungsattest
des Waldbesitzers beziehungsweise der zuständigen an-
derweitigen Polizeibehörde zum Verkauf gestellt werden, das Straf-
verfahren gegen die betreffende Person eingeleitet wird, die
Bäume aber beschlagnahmt werden. Auch derjenige, welcher
Weihnachtsbäume ankauft, von denen er weiß, oder den Um-
ständen nach annehmen kann, daß sie gestohlen sind, macht sich
ebenso strafbar.

Die Feuerwehre hatte gestern Vormittag in der neunten
Stunde im Kultusministerium Löschhilfe zu leisten. Im Boden-
raum über dem Bureau an der Lehrenstraße brannte das
Gipsgehäuse in ziemlich beträchtlicher Ausdehnung; eine Ge-
fahr des Durchbruchs der Pläne nach den untenliegenden
Bureaus brauchte jedoch nicht befürchtet zu werden, da nach
schleunigster Freilegung der brennenden Balken und Stütze die
Belastung in kürzester Frist sich beseitigen ließ. Die Ent-
stehung des Brandes war dadurch hervorgerufen worden, daß
von einem Schornsteinrohr ausgehende starke Hitze die
von demselben zu nahe liegenden sogenannten Wehler entzündet
hatte, von welchem die Entzündung sich dem Gipsgehäuse mit-
theilte.

Der 50 Jahre alte Inhaber der in der Königsberger-
straße 4 gelegenen Wäbelfabrik mit Dampftrieb, Herr Robert
Keller, hat sich am Montag Nachmittag um drei Uhr anscheinend
infolge von Zahlungsstörungen in seinem Komitor erhängt. Ueber
den Umfang der vorhandenen Zahlungsschwierigkeiten ist Näheres
noch nicht festzustellen gewesen.

Der Unbekannte, über dessen Klaffen auf der Eisenbahn-
strecke zwischen den Bahnhöfen Friedrichstraße und Börse wir
gestern berichteten, ist seinen Verletzungen in der Charité gestern
Abend erlegen. Er ist nicht wieder zum Bewußtsein gekommen,
so daß er über seine Person und die räthselhafte Angelegenheit
keine Angaben hat machen können.

Marktpreise in Berlin am 13. Dezember, nach Ermitt-
lungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von
15,80—15,90 M., mittlerer von 15,20—14,90 M., geringer von
14,80—14,50 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,60—13,90 M.,
mittlerer von 13,20—12,90 M., geringerer von 12,80—12,50 M.
Gerste per 100 Kg. gute von 16,20—15,50 M., mittlere von
15,40—14,50 M., geringe von 14,40—13,50 M. Hafer per 100 Kg.
guter von 15,00—15,50 M., mittlerer von 15,20—14,80 M.,
geringer von 14,50—13,90 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von
4,50—4,00 M. Heu per 100 Kg. von 6,20—5,00 M. Erbsen
per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Spießbohnen, weiße per
100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00
bis 50,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rind-
fleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,80—1,10 M. Bauchfleisch
per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von
1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,50—1,00 M. Hammel-
fleisch per 1 Kg. von 1,50—0,80 M. Butter per 1 Kg. von 2,80
bis 2,00 M. Eier per 60 Stück von 5,20—3,90 M. Fische per
1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Kalle von 2,80—1,20 M.

Fischer von 2,40—1,00 M. Seiche von 1,80—1,00 M. Barsche
von 1,00—0,70 M. Schleie von 2,50—1,00 M. Heise von 1,40
bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 8,00—2,00 M.

Pollzeibest. Am 13. d. M. Nachmittags wurde ein
Knochenempfänger an der Ecke der Marfus- und Holzmarktstraße
durch einen Geschäftswagen überfahren und am Bein so bedeutend
verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am
Friedrichsbain erforderlich wurde. — Abends explodirte in der
Wohnung der Wittve Händler, Fischerstr. 13, eine Petroleum-
lampe und setzte die Kleider der Frau in Brand, so daß sie
schwerer Brandwunden an den Armen, im Gesicht und am Unter-
leibe erlitt und nach der Charité gebracht werden mußte. —
Ein Arbeiter gerieth in seiner Wohnung, in der Straßburger-
straße, mit seinem Sohne in Streit und durchschnitt sich infolge
desselben die Pulsader an der Hand und am Hals. Nach An-
legung eines Verbandes wurde er nach dem Krankenhaus am
Friedrichsbain gebracht. — Im Laufe des Tages fanden vier
kleine Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Die rote Fahne vor dem Reichsgericht. Nach der
Verichtsverfassung kommt das Reichsgericht nur ausnahms-
weise in die Lage, sich über den so beliebten Paragraphen des
„groben Unfugs“ zu äußern. Als praktisch wichtig und
gleichfalls interessant für unsere Rechtsprechung veröffentlichen
wir folgende Säze aus einem unseres Wissens noch nicht ab-
gedruckten Urtheil des ersten Senats vom 22. Februar d. J.:

Eine sozialdemokratische Kundgebung, ins-
besondere das demonstrative Zuziehen einer roten Fahne als
eines sozialdemokratischen Abzeichens, ist an sich schon eine
Störung der öffentlichen Ordnung, herbeizuführen
und der Thatbestand des § 300 Nr. 11 Straf-
Gesetzbuch durch Verübung groben Unfugs zu er-
weisen geeignet, und diese Uebertretung kann schon in der
Betheiligung an einer Gruppe oder einem Zuge,
wobei ein sozialdemokratisches Abzeichen, z. B. eine rote Fahne,
als sozialdemokratisches Sinnbild getragen wird, gefunden
werden, wenn die Betheiligung als eine sozialdemokratische Demon-
stration in bestimmter Weise unternommen wird. Bei der
Verübung der Thatfrage hat das Instanzgericht, welches
den Angeklagten W. freigesprochen hat, übersehen, daß
wenn W., dessen rote, von ihm selbst herbeigeschaffte
Fahne der unbefangenen Mittheilung in Händen hatte, als ihr
Eigentümer in der Lage war, sie jeder Zeit an sich zu nehmen,
er dies aber nicht that, sondern neben der entfalteten als sozial-
demokratisches Abzeichen vorgezogenen Fahne marschirte, hie-
aus notwendig sein Einverständnis mit dem Entfalten und dem
Vortragen der Fahne und damit seine bewusste und gewollte Be-
theiligung an der Demonstration selbst zu folgern sei.

Soweit das Reichsgericht. Wer es fertig gebracht hat, aus
dem Juristendeutsch des letzten Satzes den Sinn zu entziffern,
wird entsetzt haben, daß schon der Eigentümer einer
rothen Fahne strafbar ist, der sie zu sozialdemokratischen Zwecken
herleitet.

Die Besprechung der vielfachen juristischen Schwächen der
Entscheidung, auch vom Standpunkte des bestehenden Gesetzes
aus, würde in eine gelehrte Fachzeitschrift gehören. Hier sei
nur hervorgehoben, daß das Reichsgericht das entscheidende
Merkmal des groben Unfugs, der nach feststehender Rechts-
prechung eine „Belästigung des Publikums“ ent-
halten muß, in der Ablichtung sieht, welche der Träger
des rothen Abzeichens innerlich hegt, also in einer
lediglich inneren Thatsache des Thäters, welche das
Publikum nichts angeht, und die vom Publikum gar
nicht kontrollirt werden kann. Die rote Blouse, die Jrl. Leh-
mann beim Auszug des Konserativen Vereins „Arbeiter“ trägt,
steht dem Publikum genau so roth in die Augen, wie die rote
Blouse, die Genossin Jrl. Schulze beim Auszug eines Arbeiter-
vereins angelegt hat. Weil aber Jrl. Lehmann die Blouse nur
trägt der Mode zu Liebe, aber da sie sich hübsch drin findet,
während Jrl. Schulze daneben in ihrem innersten Herzen auch
noch den unschuldigen Ehrgeiz fühlt, ihre Bekleidung in der
rothen Blouse leuchten zu lassen, belästigt Jrl. Schulze das
Publikum und begeht groben Unfug, Jrl. Lehmann aber nicht. Die
arme „öffentliche Ordnung“, die für so zarte, normalen Nerven
nicht wahrnehmbare Nuancen Empfindung hat und sich durch sie
lösen läßt! —

Die Sache ist aber nicht bloß komisch, sondern hat ihre
bittere ernste und charakteristische Seite. Nach der Reichsgerichts-
Entscheidung wird die Frage, ob eine Handlung als grober
Unfug strafbar ist, am letzten Ende abhängig gemacht von der
politischen Gesinnung: jede einfache „Kundgebung“
der sozialdemokratischen Ueberezeugung ist geeignet, als grober
Unfug ausgelegt zu werden. Andere Parteien dürfen ihre Ge-
sinnung offen kundgeben und zur Schau tragen, wir nicht. Und
das alles geht ganz ohne Ausnahmegesetz.

Nach fünfmaliger Verurteilung wurde gestern die
Anklage gegen die Frau Apothekerin Jhrer
aus Velten vorder ersten Strafkammer des Landgerichts I
zu Ende geführt. Es handelte sich um Beleidigung des Offizier-
korps und der Führer der deutschen Armee. In einer öffent-
lichen sozialdemokratischen Versammlung, die im September v. J.
in einem Lokale in der Webersstraße stattfand, trat die Angeklagte
als Rednerin auf. Sie erstattete Bericht über den in Brüssel
stattgehabten Kongress und knüpfte hieran Bemerkungen ab-
fälliger Art über den Militarismus. Nach den Befundungen
des Polizeikommissars und des Wachmeisters, welche jene
Versammlung überwachten, hat die Angeklagte in ihrem Vor-
trage gesagt, daß die Offiziere und Jährliche bei einem Kriege
die größte Angst hätten, sie blieben hinter den Kanonen und
schickten die Soldaten vor. In dieser Aeußerung erblidte die
Anklagebehörde den Vorwurf der Freigebit. In den früheren
Terminen machte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Moritz,
den Einwand, daß der seitens des Kriegsministers gestellte Straf-
antrag verjährt sei, da derselbe erst am dem April d. J. datire.
Der Verteidiger setzt voraus, daß dem Kriegsminister bald
nach dem Vortrage der Frau Jhrer von dem Inhalte des-
selben seitens des Polizeipräsidiums Kenntniß gegeben sei.
Er beantragte hierüber den Kriegsminister zu vernehmen. Der
Gerichtshof beschloß im vorigen Termine den Kriegsminister in
dessen Wohnung gerichtlich hierüber vernehmen zu lassen. Diese
Vernehmung ist am Morgen des 10. d. M. erfolgt. Der Staats-
anwalt beantragte im gezeigten Termine, die Aussage des Kriegs-
ministers zu verlesen. Der Verteidiger widersprach diesem An-
trage, weil ein Formfehler vorliege. Die Benachrichtigung von
der Vernehmung des Kriegsministers sei der Verteidigung
erst zugegangen, nachdem die Vernehmung bereits erfolgt war, die
Verteidigung sei somit ihres Rechts, derselben beizuwohnen, ver-
lustig gegangen. Der Vorsitzende, Landgerichtsrath Diebe, wies
darauf hin, daß der Kriegsminister doch nicht gezwungen
werden könne, persönlich zu erscheinen, worauf der Verteidiger
erwiderte, daß er dann anheim stelle, den Termin so lange zu
vertagen, bis der Kriegsminister nicht mehr im Amte sei, welches
Ereignis ja doch eher kurz oder lang eintreten könne. Als der
Gerichtshof über diesen Punkt berathen habe, verkindete der Vor-
sitzende zunächst, daß in der letzten Aeußerung des Verteidigers
in betref der Kriegsministers eine Ungebühr gefunden worden sei,
wegen der der Verteidiger mit einer Geldstrafe von 50 M. belegt
worden sei. Auch habe der Gerichtshof beschlossen, der Ober-Staats-
anwaltschaft von der Aeußerung des Verteidigers Anzeige zu machen.
Ferner sei beschlossen worden, die kommissarische Aussage des
Kriegsministers zu verlesen. Der Antrag des Verteidigers, ihm

wegen der ihm auferlegten Strafe wegen Ungewähr des Wort
zu gestatten, wurde abgelehnt. Auf der Verlesung des Schrift-
satzes ging hervor, daß der Kriegsminister erst am 14. April
dieses Jahres durch Schreiben des Justizministers Kenntniß von
den beanstandeten Behauptungen der Angeklagten erhalten hatte.

Der Staatsanwalt hielt den Vorwurf der Freigebit, den die
Angeklagte dem deutschen Offizier und Jährliche in ihrem Vor-
trage gemacht habe, für so schwer beleidigend, daß er nur eine
Gefängnißstrafe für eine ausreichende Sühne hielt und eine
solche von sechs Wochen beantragte. Der Verteidiger
plaidirte für Freisprechung, da keineswegs erwiesen sei,
daß die beanstandeten Aeußerungen der Angeklagten auf die
deutsche Armee gemünzt waren. Sie habe vielmehr im All-
gemeinen gesprochen. Der Gerichtshof trat den Ausführungen
des Staatsanwalts bei und erkannte auf eine Geldstrafe von
200 Mark.

In einer Prozeßsache ist von den Aestken der Berliner
Kammernschaft eine amtliche Auskunft dahin abzugeben: daß
nach hiesigem Handelsgebrauch der Prinzipal verpflichtet ist, seinen
Handlungsgehilfen beim Abgange ein Zeugniß zu erteilen, welches
sich lediglich über die Zeitdauer und die Art seiner Beschäftigung
ausläßt. Nur wenn der Handlungsgehilfe ein Fährungsattest
fordert, steht dem Prinzipal das Recht zu, daß Betragen und die
Leistungen zu kritisiren, auch wenn dieselben zu Tadel Anlaß ge-
geben haben und infolge dessen die Entlassung erfolgt ist.

Die Vorschrift in den §§ 20 und 23 der Berliner
Baupolizei-Ordnung vom 15. Januar 1887 ist, wie das
Kammergericht kürzlich auszuführen beantragte, nur zum
Schutze von Menschen, nicht aber von Thieren bestimmt. Es
handelte sich darum, daß ein Pferd dadurch verunglückt war,
daß es eine der Bohlen der auf dem Grundstück des Beklagten be-
findlichen Dungsgrube durchtrat und in die Grube stürzte. Es
wurde behauptet, daß der Beklagte „ein auf Schadensverletzungen
abzielendes Polizeigesetz vernachlässigt habe“. (§ 26 Allg. Land-
rechts, Th 1 Tit 6. § 387 Nr. 12 des Strafgesetzbuches trifft
nach Ansicht des Kammergerichts nicht zu, ebenso wenig aber die
§§ 20 und 23 der Baupolizei-Ordnung. Das von den „Bl. f.
Rechtspfl.“ veröffentlichte kammergerichtliche Erkenntniß kommt
zu dem Schluß, daß, wenn auch, Abfällbehälter nach oben hin
dicht und fest zu verdecken sind, ein Hausbesitzerhümer doch nicht
für verpflichtet erachtet werden kann, den Belag einer Dungsgrube
aus so starken Brettern herzustellen, daß derselbe geeignet ist, die
Last eines Pferdes zu tragen.

Intrene und Unterschlagung führten gestern den Kauf-
mann und Bücherrevisor Karl Mos vor die dritte Strafkammer
des Landgerichts I. Der Angeklagte hatte sich das volle Ver-
trauen des Professors Weber erworben. Seit einer langen Reihe
von Jahren besorgte er für denselben den Ein- und Verkauf von
Werthpapieren. Im Herbst vorigen Jahres erhielt der An-
geklagte vom Professor Dr. R. Weber 20 000 M. mit dem Auf-
trage, dafür eine bestimmte Gattung Werthpapiere anzukaufen.
Diese Summe hat der Angeklagte geständig für sich verbraucht,
um damit Verluste zu decken, die ihm durch Betheiligung an ver-
schiedenen industriellen Unternehmungen erwachsen waren. Sein
Auktionsgeber ist dadurch um seine gesammelten Ersparnisse ge-
kommen. Der Gerichtshof abendete den Vertrauensbruch mit einer
Gefängnißstrafe von drei Jahren und dreijährigem
Ehrverlust. Ein Monat wurde auf die erlittene Untersuchungs-
haft in Abrechnung gebracht.

Der Handelsmann und Extrablatt-Fabrikant August
Docht, welcher erst vor wenigen Tagen zu sechs Wochen Haft
verurtheilt wurde, fand gestern wiederum vor der zweiten
Strafkammer des Landgerichts I. Er war beschuldigt, den
ebenfalls auf der Anklagebank befindlichen Handelsmann Emil
Dettloff zu einem Extrablatt-Schwindel Hülf geleistet zu
haben. Dettloff ließ am 16. März in den Straßen mit Extra-
blättern umher, in überlauter Weise sein „Hörneuseule!
Zwanzigfacher Nord!“ ausruufen. Die Käufer sahen sofort,
daß sie betrogen waren, das Extrablatt enthielt eine, bereits in
den Morgen-zeitungen veröffentlichte Notiz, wonach zwei Ein-
wohner in Hialostock nach und nach etwa 20 Personen zum Zwecke
der Vererbung in einen Wald gelockt und ermordet haben
sollten. Das Extrablatt ist von dem Angeklagten Docht „verfaßt“
worden. Er behauptete im gestrigen Termine, daß er die Notiz
von einem Boten des Wolffschen Telegraphen-Bureaus erhalten
habe. Dettloff hatte außerdem eines Tages den Geschäftskniß
gebraucht, die Montagausgabe einer hiesigen Zeitung als
„Extrablatt“ auszurufen. Sein überlauter Schreien wurde als
grober Unfug angesehen. Der Staatsanwalt beantragte gegen
Dettloff wegen der beiden Betrugsfälle ein Jahr Gefängniß,
wegen der Uebertretungen drei Monate Haft, gegen
Docht wegen Beihilfe zum Betrüge in einem Falle vier
Monate Gefängniß. Dem Extrablatt-Schwindel, der
unausrottbar zu sein scheint, müsse energisch entgegen-
getreten werden. Der Verteidiger Rechtsanwalt Grau wies
darauf hin, daß heutzutage eigentlich durch Ankauf eines Extra-
blattes von einem Betrüge nicht mehr die Rede sein könne, durch
die Veröffentlichung der vielen Verurtheilungen und durch die
häufigen Warnungen durch die Presse sei jeder darauf vorbereitet,
daß er getäuscht werde, wenn er zur Befriedigung seiner Neugier
ein Jahnepennistück opfere. Der Gerichtshof hielt den ersten
Fall des Betruges nicht für erwiesen, da es immerhin möglich
sei, daß Docht aus derselben Quelle geschöpft, wie die Zeitungen.
In diesem Falle seien beide Angeklagten freizusprechen. Dagegen
wurde Docht wegen der übrigen strafbaren Handlungen zu drei
Monaten Gefängniß und drei Monaten Haft verurtheilt.

Wegen Körperverletzung mittelst einer das Leben ge-
fährdenden Behandlung hatte sich gestern der Kaufmann Max
Bergermann vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I
zu verantworten. Der Angeklagte verwaltete ein seiner Mutter
gehöriges Haus in der Dreßdenerstraße und hatte ein darin be-
findliches Laden an den Restaurateur Reigenstein vermiethet.
Lehterer befand sich in schlechter Vermögenslage und war meh-
rere Male mit der Mieth im Rückstande geblieben, so daß er dem An-
geklagten bereits über 600 M. schuldete und auf Ermäßigung ver-
langt war. Am 3. September d. J. betrat der Angeklagte
das Lokal des Reigenstein, um am Fenster einen Ver-
miethungszettel anzubringen, und bei dieser Gelegenheit kam es
zu Unstimmigkeiten zwischen beiden. Reigenstein behauptet, der
Angeklagte habe ihn plötzlich gefaßt, nach einer zum Keller
führenden Halbtür geschleppt und dort kopfüber die Treppe
hinunter geworfen, so daß er besinnungslos im Keller liegen ge-
blieben sei. Er berief sich auf das Zeugniß des Dr. Wisfeld
darauf, daß er infolge des Falles zehn Tage bettlägerig gewesen
sei und auch jetzt noch im Gebrauche seines linken Armes be-
hindert sei. Er hatte infolge dessen nicht nur die Bestrafung
des Bergemann, sondern auch eine Buße von 1000 Mark
beantragt. Der Angeklagte bestritt die Angaben des Zeugen und
behauptete im Gegentheil, daß er von demselben angegriffen
worden sei. Der Zeuge habe ihn bei der Neibe gepackt, er habe
ihn von sich gestoßen und dabei sei derselbe unglücklich Weise
an die Halbtür gerathen und die Treppe hinunter gestürzt. Auf
Grund der Beweisaufnahme schloß sich der Staatsanwalt der
Darstellung des Zeugen an und beantragte eine Geldstrafe in
Höhe von 500 M. Der Gerichtshof erkannte auf 200 Mark
Geldstrafe und billigte dem Verletzten auch eine Buße von
200 M. zu.

Veranstaltungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein des sechs-
ten Berliner Reichstags-Wahlkreises nahm in seiner
am 13. d. M. abgehaltenen Vereinsversammlung einen voll-

Soziale Ueberlicht.

Alle Möbelpolierer, Kollegen! Nach mir zugegangenen Nachrichten aus London befinden sich die Französisch-Polierer der Firma Hermann u. Co., Ost-London Finchhous im Streit wegen Abschaffung des Akkord- und Profittheilungs-systems, weil dieses System es unmöglich macht, daß einzelne Arbeiter (Kolonnenführer) in der Polierbranche sehr viel einnehmen, wogegen die große Masse herzlich wenig verdient. Die Londoner Polierer warnen ihre deutschen Kollegen, nach London hin Arbeit anzunehmen resp. sich durch Annoncen der Herren Hermann u. Co. oder deren Agenten verlocken zu lassen. Die Londoner Kollegen würden dieselben nur als Streikbrecher betrachten und behandeln. In der am 19. Dezember Abends 8 Uhr stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Möbelpolierer Berlins und Umgegend werden die Kollegen weiteren Bericht erhalten. Gleichzeitig machen wir alle Mitglieder der Einzelkolonnen der Möbelpolierer auf die am Sonnabend den 17. d. M. stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam. Dieselbe findet im Lokale Königshaus, Gr. Frankfurterstr. 117, statt. Es sind zu wählen: 18 Arbeiter, und 50 Kassamitglieder-Vereiner. Ebenfalls werden dort, wie in den Jahreshellen, Wahlen zu dem am ersten Weihnachtstage in der „Thalia“ Lichtentbergstr. 18 stattfindenden Familienfest ausgegeben. Im Auftrage des Vorstandes vom Verband der Möbelpolierer: Robert Weber, Biederstr. 16.

In Genuß der Arbeiter beendet ist der bei der Firma H. Berger zu Bremen ausgebrochene gewisse Stein-hauerstreik.

Am Verhinderung des Zugangs nach Ebingen werden Gutmacher, und nach Wenden Strohhut-arbeiter aufgeht.

Der zentralisierte Arbeitsnachweis der Gutmacher Deutschlands tritt am 1. Januar in Kraft.

Gegenwartsbild aus der bürgerlichen Gesellschaft. Die Zeitung der Rauch'schen Papierfabrik in Heilbronn warf, wie die „Sowjet-Zeitung“ meldet, den Aufsichtsherrn Wagner, der dieser Firma 36 Jahre lang seine Dienste gewidmet hat, wegen geringfügiger Veranlassung auf's Knie. Das diesem von der Firma a. gestellte Zeugnis lautet: „Karl Wagner von hier hat vom Jahre 1857 bis Anfang November 1892 in unserer Fabrik zuerst als Arbeiter und seit 1864 als Angeler gearbeitet. Mit dessen Fleiß und Leistungen waren wir stets zufrieden.“ — Der Arbeiter hat also keine Pflicht gegenüber dem Staat, er wimmelt die schönsten Jahre seines Lebens der genannten Firma, das alles schätzte ihn aber nicht davor, wegen irgend einer unbedeutenden Veranlassung aus Lohn und Brot gejagt zu werden. Was er sehen, was er durchkommen in der jetzt so arbeitslosen Zeit, mitten im Winter und kurz vor dem Geburts-tage des Säuglings der Religion der Diebe! Die indifferenten Arbeiter erziehen aus solchen Vorkommnissen, daß sie gar nichts Besonderes ihnen können, als sich der politischen und gesellschaftlichen Arbeiterorganisation anzuschließen, anstatt sich darauf zu verlassen, daß ihnen der Unternehmer ständig eine faire Entlohnung gewährt wird. Es kommt trotz aller schönen Reden des Unternehmertums für jeden Arbeiter einmal die Zeit, wo man ihn vor die Tür setzt. Hat dann ein solcher Arbeiter nicht den Sinn einer Organisation für sich, dann ist er im höchsten Sinne des Wortes verlassen von allen.

Bibel und Geistesfreiheit. In Mittelfranken hatte, wie in der „Mannheimer Volksstimme“ zu lesen, ein Bauer von Ober-lindrecht den in der Hof wohnenden Geislichen mit dem Judentum zum Götterdienst anzuholen. „Anstatt eines Reichentums nahm er aber einen Leutenwagen. Hierin sah der Geistliche eine Verleumdung, wegen deren der Bauer zu 6 W. Strafe verurteilt wurde. Was wurde der hochwürdige Mann mit dem heiligen Geiste erst gethan haben, wenn man ihm einen Esel gebracht hätte! Und doch war Jesus mit einem solchen zufrieden. Und Paulus gewollt den Christen, nicht zu sein gleich den Heiden, und den Bräutigam vor das Gericht zu schleppen.“

In Mannheim wird, wie die „Volksstimme“ mittheilt, die bereits angekündigte Besprechung über die Arbeitslosen-Frage in den nächsten Tagen stattfinden und zwar werden an dieser teilnehmen der Fabrikinspektor Wörriehoff, die Vertreter des großherzoglichen Bezirksamts, des Staatsrats, der Handels-kammer und die Vertreter jener Fabriken, in welchen große Arbeiterentlassungen stattgefunden haben. Möge das Ergebnis der Besprechung ein bejauendes sein.

Eine stark besuchte Arbeitslosenversammlung in Magdeburg wählte eine fünfköpfige Kommission, welche den Magistrat ersuchen soll, noch vor Weihnachten Arbeit zu beschaffen und den Stundenlohn auf 30 Pf. festzusetzen, damit die Arbeitslosen zu Weihnachten wenigstens ihren Hunger stillen können.

Die Errichtung eines Arbeiter-Turnerbundes ist auch für Hamburg, Bremen, Leod., Schleswig-Holstein, Oldenburg, Preussland, Hannover (nördlich der Havesarger Höhe) im Werte. Genosse Josef Quellmair in Ahrensburg (Dolstein) nimmt Anmeldungen entgegen.

Die Errichtung eines allgemeinen bayerischen Arbeiter-Sängerbundes beschloß eine am vergangenen Sonntag im Cafe Wack in Hamburg abgehaltene Konferenz bayerischer Arbeiter-Gesangsvereine. Delegierte waren erschienen von Fränk., Oberbay., Niederbay., Augsburg, Bayreuth, Schweinfurt, Würzburg. Von Nürnberg und den umliegenden Ortschaften waren 21 Vereine vertreten, von München war ein Jubiläumsgesandter eingetroffen. Ten Vorsitz führte Herr Ginzinger. Letztere brachte das vom Sängerbund Berlin versandte Zirkular zur Kenntnis, woraus zu ersehen, daß die Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeiter-Sängerbundes beschloß, zu welchem Behufe an den Weihnachtstagen eine Konferenz in Berlin stattfinden wird. Aus dem Zirkular geht hervor, daß zur Zeit 14 Arbeiter-Gesangsvereine mit 11000 Mitgliedern ihren Beitritt zu dem projektierten deutschen Arbeiter-Sängerbund angemeldet haben. Die Konferenz erklärte sich mit der Gründung eines deutschen Arbeiter-Sängerbundes einverstanden und wählte Herrn Led-Karberg als Delegierten zur Berliner Konferenz. Außerdem wurde die Errichtung eines bayerischen Arbeiter-Sängerbundes beschlossen und eine sechsköpfige Kommission ernannt, welche die Vorarbeiten zu erledigen hat. Die Organisation eines Bundes-Chormeisters und die Abhaltung von größeren und kleineren Sängerversammlungen sind in Aussicht genommen. Zur endgültigen Beschlußfassung wird nach Eröffnung der Wahlen eine Generalversammlung einberufen werden.

Der Magistrat von Wülshausen L. G. hatte bei der Bekanntgabe des Termins der Gewerkschaftswahl nicht die 14 tägige Frist eingehalten, welche zulässig der Bekanntmachung des Wahltermins und letzteren selbst zu liegen hat; ferner hatte er die Wahlzeit auf drei Stunden beschränkt, so daß bei 6663 Wählern der Arbeitervertreter 81 auf die Minute

oder 1 auf 2 Sekunden gekommen wären. Mit Ausnahme der sozialdemokratischen „Sach-Lothringischen Volkszeitung“ wies kein einziges Wülshausen Blatt auf dies tabuistische Verfahren des Magistrats hin. Die Wülshausen Arbeiter aber ließen sich die Verkürzung ihres Wahlrechts nicht gefallen, sondern faßten gegen das Verfahren des Magistrats eine Protestresolution und beschloßen, sich an der Wahl nicht zu beteiligen. Das scheint gewirkt zu haben, denn der Magistrat hat den auf den 11. Dezember angesetzt gewesenen Termin verlegt und wird im Januar einen neuen Wahltermin anberaumen.

In Karlsruhe kam es, wie die „Frankf. Zig.“ berichtet, vorige Woche in Hülleswagen anlässlich des Weber-streiks. Die Firma Wiehager hatte anfänglich die Forderung der Arbeiter auf Verbeihaltung der bisherigen Löhne angenommen, als die Arbeiter aber wieder zur Arbeit kamen, erklärte sie, in 14 Tagen dennoch eine Lohnherabsetzung eintreten lassen zu wollen. Nun kündigten die Weber abermals, worauf die Firma Weber aus Gethus kommen ließ. Diese trafen am Sonnabend und Sonntag voriger Woche ein und wurden von einer rasch zusammengeströmten Menschenmenge mit feindlichen Zurufen empfangen. Ein Theil der streikenden Weber verließ, als er die Lage der Dinge überseh, sofort wieder ab, die anderen traten Montag früh die Arbeit an. Als sie Mittags die Fabrik verließen, erwartete sie eine dichtgedrängte Menschenmenge, der gegenüber die Polizei ohnmächtig war. Der Bürgermeister publizirte den Ausnahmeparagraphen, trotzdem wurde der Tumult am Abend so arg, daß die genannte Gendarmen des Kreises zusammengezogen wurde, die am Dienstag gegen die sich immer wieder sammelnde Menschenmenge vorging und dabei von der Waffe Gebrauch machte, als ein Schuss aus der Menge fiel. Mehrere Personen wurden verletzt. Am Mittwoch trug sich die Ordi-bühne mit dem Plane, Militär zu requiriren, doch hat sich die Arbeiterbewegung inzwischen beruhigt.

Ueber die Entziehung des Streiks, worüber der „Vorwärts“ bereits in Nr. 275 vom 23. November kurz berichtete, wird der Oberlehrer „Freien Presse“ folgende Ausführungen mitgeteilt: „Vor vier Wochen bedachte Herr Wiehager verschiedene Arbeiter mit einer Lohnkürzung ohne vorherige Ankündigung. Als die Arbeiter eine systematische Lohnreduktion voraussehen, richteten sie ein gemeinsames Schreiben an Herrn Wiehager, worin im Hinblick auf die schlechte Lage und die zahlreichen Familien gebeten wird, die alten Löhne beizubehalten. Nachmittags lief eine scheltende Antwort ein, worin der Herr bemerkte, daß er sich kein Ziel setzen ließe. Ein befehliger Tarif sagte Lohnkürzungen von 5 bis 10 pCt. an. Eine Deputation, welche zu vermitteln und eine Einigung zu erzielen versuchte, kehrte unverrichteter Sache zurück. Daraufhin legten sämtliche Weber die Arbeit nieder. Eine am folgenden Tage nochmals gewählte Deputation erhielt von Herrn Wiehager die Antwort: „Mit konstanten Löhnen unterhandele ich nicht.“ So dauerte der Streik 8 Tage. Auch die angegangene und erfolgte Vermittlung des Herrn Bürgermeisters Kaugensfeld blieb ohne Erfolg. Eines Tages suchte der Spinnmeister mehrere Weber auf und rief ihnen, es doch noch einmal mit Herrn Wiehager zu versuchen, so Wimm es doch nicht bleiben. Eine Deputation verhandelte denn auch längere Zeit mit ihm, worauf er versprach, die Weber für den alten Lohn wieder einzustellen. Die Arbeit wurde nun wieder aufgenommen. Sämtliche Lohnzettel wurden dem Meister zurückgegeben, damit der Lohn, welcher auf denselben schon entsprechend verläßt war, wieder wie früher darauf festgestellt würde. Bei der Zurückgabe der Lohnzettel sahen aber die Weber zu ihrer Bestürzung, daß der alte Lohn nur für die nächsten vierzehn Tage bezahlt werden und nach dieser Zeit der Abzug demnach stattfinden sollte. Jetzt kündigten sämtliche Weber auf vierzehn Tage, welche am 8. Dezember abgelaufen waren. Herr Wiehager hatte inzwischen in auswärtigen Zeitungen Weiber bedrei zu locken gesucht und zwar unter allen möglichen Versprechungen. Die Folge davon war, daß eine ziemliche Anzahl streikender Weber, u. a. von Nachen, hier ankamen. Dieselben sind aber, nachdem sie die Geschichte des Streiks erfahren und ihnen die Reife losen zurückgekehrt waren, größtentheils wieder abgereist; sie sind also auf Kosten des Herrn Wiehager hier und auf Kosten der Arbeiter wieder abgereist. Nur 5 oder 6 konnten ein solches Solidaritätsgeld nicht. Die Weber, welche Herr Wiehager auf seine Kosten kommen ließ, mußte er auch entsprechend ein-quartieren, mehrere Bürger weigeren sich jedoch, die Fremden zu beherbergen, weil sie es für unrecht erachteten, daß die Unwürdigen den Hiesigen den Lohn verderben sollten. So die Streikenden täglich Zusammenkünfte hatten, um ihre Angelegenheiten zu besprechen und die ganze hiesige Arbeiterchaft sowie auch viele Bürger sich für die Sache der Arbeiter interessirten, so sammelte sich am Montag Mittag eine Volksmenge an, so daß für den Abend schon ein Gendarm requirirt wurde. Ein Mann wurde verhaftet, am anderen Morgen jedoch wieder freigelassen. Am Dienstag wurde die bewohnte Nacht noch durch einige Gendarmen verstärkt und einige Verhaftungen vorgenommen. Es hat sich a. h. hier wieder gezeigt, daß je mehr mit dem Säbel grassirt wird, desto größer die Volkskämpfe sind. Man hört vielfach die Meinung äußern: „Ohne Gendarmen würde die Sache lange nicht die Bedeutung erlangt haben, wie jetzt.“ Der Herr Bürgermeister ließ sogar die Ausnahmeparagraphen durch die Zeitung veröffentlichen. Die Streikenden selbst haben sich jedoch den Volkskämpfen durchaus fern gehalten. — Der Herr Mayor Weper hat ebenfalls unter Mitwirkung des Bürgermeisters mit Herrn Wiehager verhandelt. Derselbe erklärt jetzt, die Weber könnten alle wieder anfangen, die „Hildeführer“ jedoch könne er nicht wieder einstellen; zudem könne er auch die Leute, die er neu eingestellt, nicht wieder einstellen. Also anfangen können die Leute (wie verlautet, noch lange nicht alle), aber zu einem Lohnsatz, der noch niedriger ist, als der vorher gekürzte. Die Arbeiter sehen nun, wie hier die Sache steht. Wir bitten also, den Zugzwang strengstens fern zu halten. Da der Streik schon eine beträchtliche Summe gekostet, auch nicht abzusehen ist, wann er endet, so bitten wir die Genossen allerorts, und in unserem gerechten Kampfe zu unterstützen. Alle Sendungen sind zu richten an: Cav. Blaudemagel, Hülleswagen.“

Eine Statistik der Arbeitslosen war auch von der Generalkommission der Braunschweiger Gewerkschaften aufgenommen worden. Das Resultat ist nach dem „Braunschweiger Volksfreund“ folgendes: In der Sitzung, in welcher die Vertreter die Listen abliefern sollten, waren nicht alle Vertreter anwesend; man teilte jetzt, daß über 80 Listen nicht abgeleitet worden sind. Eingeschrieben hatten sich 840 Arbeitslose. Unter den eingeschriebenen befanden sich viele, die schon sehr lange Zeit außer Arbeit sind und eine große Anzahl Kinder zu ernähren haben. Von mehreren Vertretern wurde erwähnt, daß diese Angelegenheit viel ausführlicher und ernster in die Hand genommen werden müsse. Es seien bedeutend mehr Arbeitslose am Plage, aber leider hätten viele eine gewisse Furcht, sich auf unsere Listen einzuschreiben. Viele glaubten, ihre Namen würden veröffentlicht und sie könnten dadurch geschädigt werden.“ Man beschloß nun, nochmals einen Aufruf im „Volksfreund“ zu erlassen und mitzutheilen, daß in sämtlichen Herbergen, sowie in der Expedition des „Volksfreunds“ Listen zum Einschreiben ausliegen. Außerdem wurde beschlossen, durch Plakate an den Anschlag-säulen das Interesse für die Sache besser als bisher zu wecken.

Aus Lambrecht wird uns geschrieben: „Die schöne, mit sehr zahlreichen Paragraphen versehene Arbeitsordnung der S. Demmer'schen Maschinenfabrik in Hildesfeld (Alliengeseilschaft) ist nun noch um zwei Paragraphen vermehrt und verschärft worden. Denn am 5. Dezember wurden daselbst zwei Plakate folgenden Inhalts angeschlagen: 1. Plakat: „Morgens 6 Uhr beginnt die Arbeitszeit; wer später kommt, wird mit einer Mark bestraft, beim Wiederholungs-falle so fort entlassen.“ 2. Plakat: „Wer während der Arbeitszeit am Ofen angetroffen wird, wird um 40 Pf. gestraft. Bei jedem weiteren Fall wird die Strafe erhöht.“ — Es fehlt gerade nur noch die Krone, um Skrupeln begreiflich zu machen, daß wir im Zeitalter der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit leben, wie Dr. Max Hirsch so schön sagt. Zu bedauern ist nur, daß die Arbeiter noch so wenig den Werth der Organisation erkennen. Die hiesige Filiale des Metallarbeiter-Verbandes hat sich lediglich wegen des Indifferentismus der hiesigen Metallarbeiter auflösen müssen.“

Arbeitslosigkeit und Verkürzung der Arbeitszeit. Bei Gelegenheit einer Besprechung mit dem badiischen Fabrikinspektor Wörriehoff machten die Vertreter der Mannheimer zentralisierten Gewerkschaften diesen auf die bereits erfolgten und noch in Aussicht stehenden Massen-Entlassungen von Arbeitern aufmerksam und sprachen dabei den Wunsch aus, daß Fabrikinspektor möge seinen Einfluß bei den Fabrikanten dafür einsehen, daß sie die Arbeitszeit in der gegenwärtigen geschäftlichen Zeit verkürzen und die Massen-Entlassungen einstellen. Herr Wörriehoff erklärte, wie die Frankfurter „Volksstimme“ mittheilt, eine Anzahl Fabrikanten gingen bereits mit dem Gedanken um, in der Zeit der gegenwärtigen Krise die arbeitsfähige Arbeitszeit einzuführen und keine weiteren Entlassungen vorzunehmen. Er hoffe, daß dieses Vorgehen auch von den übrigen Fabrikanten befolgt werde. Er werde einige Vertreter des Fabrikantenvereins und der Handelskammer zu einer diesbezüglichen Besprechung einladen. Bedauerlich ist es, daß die Durchführung einer so vernünftigen Maßregel vom Wohlwollen der Unternehmer abhängt. Immerhin kann man nur aufs lebhafteste wünschen, daß die übrigen badiischen Fabrikinspektoren dem Beispiele Wörriehoff's nach-folgen.

Der österreichische Staat als Unternehmer. Dem österreichischen Abgeordnetenhaus ist eine Petition von 1400 Bergarbeitern Arzibram's zugegangen, welche auf die Schamerei der österreichischen Behörden ein großes Licht wirft. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ giebt einiges daraus zum besten. In der Einleitung der Petition wird u. a. darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse der Bergarbeiter nirgends so schlecht sind, wie beim I. L. Silber- und Bleibergbau in Arzibram, sie sind geradezu unerträglich. Der Lohn ist für ein menschenwürdiges Dasein gänzlich unzulänglich. Trotzdem wird er nicht einmal voll ausgezahlt. Die Bergverwaltung zahlt den Arbeitern durch eine fernedwegs realer Praxial um 20 pCt. weniger aus, als sie nach dem vom Abrechnungsministerium genehmigten Lohn-tarif aus-zahlen sollte. Da sich nach der Lohnhöhe die Kranken- und Invalidenrente richtet, werden die Arbeiter auch in dieser Hinsicht geschädigt und verläßt. Höchst schädlich und verwerflich ist die Untertheilung der Arbeiter nach Lohnklassen, z. B. die Unter-scheidung von Häuern I. und 2. Klasse für gleich schwere Arbeit wird ungleicher Lohn gezahlt, was Anlaß zu Unfrieden und Unzufriedenheiten giebt. Die Bergverwaltung verfährt bei der Klassifikation willkürlich. Uebersteigt bei Akkordarbeit der Akkordlohn den festgesetzten Maschinenlohn (Tagelohn), so wird den betreffenden Akkordarbeitern der Mehrerlösnis ganz einfach ab-gezogen, und die Arbeiter erfahren von dem Abzug erst bei der Auszahlung. Wegen geringer Vergehen, die nicht selten von Vorgesetzten mitverschuldet werden, werden Arbeiter entlassen und verlieren ihre Ansprüche auf die Bruderlade.

Die Petenten stellen folgende für einen staatlichen Betrieb zum Theil bezeichnende Forderungen: „Die Arbeits- und Straf-vorschriften bei den I. L. Arzibramer Werken sollen revidirt werden, da sie entgegen den Bestimmungen des § 200 des Allgem. Berggesetzes vom 23. Mai 1854 ohne Zuziehung der Arbeiter festgesetzt wurden. Die mißbräuchlichen Strafvorschriften sind den Arbeitern aufzuheben worden. Da die jetzigen Bruderladen-Statuten weder dem Bruderladen-Gesetz vom Jahre 1889 noch dessen Ergänzung vom Jahre 1891, noch den An-forderungen der Bergarbeiter entsprechen, sollen sie durch das Minister-Statut ersetzt werden, welches vom Ministerium im Jahre 1890 heraus gegeben und auf den Bergarbeitertagen ver-bessert und angenommen wurde. Die Freigabe darf durch die Bruderladen nicht beschränkt werden. Die Bruderladen sollen im Sinne der Resolution des Bergarbeitertages vom 18. und 19. Oktober 1891 zentralisirt werden. Die Einzahlungen in die Bruderladen sollen bei den dormaligen Lohnverhältnissen vier Prozent vom Lohngehälde nicht übersteigen. In die Versicherung sollen die Frauen und Kinder der Bruderladenmitglieder einbezogen werden. Die Arzibramer sollen unentgeltlich verbracht werden, den Verhältnissen beizugehen, ohne Rücksicht, in welchem Reviere es wohnt. Die Funktionen der Bruderladen müssen frei und ohne Einschränkung der Bergverwaltung von den Mit-gliedern ausgeübt werden, dergleichen die Regale. Es sollen Werk-apotheken errichtet werden. Den Bruderladen soll die Regierung eine Subvention gewähren, damit sie endlich, dem Gesetze vom Jahre 1891 gemäß, ihre Thätigkeit entfalten können. Das I. L. Meieramt in Prag und die Karl-Vorwärts-Gewerkschaft der Silber- und Blei-Bergwerke in Arzibram werden aufgefordert, eine aus beiderseits gewählten Vertretern bestehende Kommission einzusetzen, welche eine den Verhältnissen und der fortgeschrittenen Zeit entsprechende Arbeitsordnung auszuarbeiten hat. Streitfälle sollen durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden. Die Petition wird dem Reichsminister und dem Reichsrath zur schleunigen Erledigung empfohlen.“

Gut abgeführt wurde der ungarische Politikus Gebelnrath Dr. A. v. Matkovich von Budapest Arbeiter. Er hatte in einem Vortrag über die Arbeiterfrage geäußert, daß in Ungarn die Arbeiter noch von den Fabrikanten gesucht würden. Dieser geistreiche Ausspruch veranlaßte ein ganzes Heer Budapest-er Arbeitslose, bei dem Herrn Gebelnrath um Mittheilung der Adressen vorzusprechen, wo Arbeiter gesucht würden. Das er beim Wort gehalten werden konnte, daran hatte er nicht ge-dacht. Nun war für den Herrn guter Rath theuer. Arbeit konnte er den Arbeitslosen nicht nachweisen, und so suchte er sich aus der fatalen Situation mit der Erklärung zu ziehen, daß man in Ungarn ja volle Preis- und Arbeitsfreiheit genieße, er daher auch jeden Lohn, was ihm beliebt. — An der Freiheit der Meinungs-änderung wird in ganz Wien Budapest-er Arbeiter hindern wollen, aber daß die Preis- und Arbeitsfreiheit ein moralisches Recht gäbe, zu lägen, das ist eine Entdeckung, die für den Herrn Gebelnrath noch blamabler ist, als die oben erwähnte Ausrufung.

Aus Mons meldet ein Telegramm des „D. B. G.“, daß die Vergleite in Fiuma im Auslande seien.

Die Vergleite von Süd-Wales beschloßen, zu New-Jahr der großen National-Föderation der britischen Bergarbeiter beizutreten. Dieser Verband wird dann alle Vergleite Englands mit Ausnahme derjenigen von Northumberland umfassen.

Verfassungen.

Ueber die in Aussicht genommene Biersteuer und deren Folgen für die Konsumenten sprach am Sonntag der Genosse Meyer in einer öffentlichen Böttcher- und Brauer-Versammlung. Der Redner führte aus, wie die ungeheuren Summen, welche der Militarismus verschlingt, wesentlich durch indirekte Steuern auf die notwendigen Konsumartikel aufgebracht werden. Da nun die Arbeitslöhne, statt zu steigen, vielfach zurückgegangen seien, ließe dem Arbeiter, der zum allernötigsten Theil die Steuern ausbringen müsse, nichts weiter übrig, als sich in seiner Lebenshaltung immer mehr einzuschränken. Eine neue Last solle dem Volke durch erhöhte Besteuerung des Bieres auferlegt werden. Wenn jetzt das Bier in weiten Bevölkerungskreisen noch ein in Betracht kommender Konsumartikel sei, so werde es nach Annahme einer erhöhten Steuer durch den Reichstag bald ein Luxusartikel werden, den der Arbeiter nicht bezahlen könne. Vor allem sei es daher Pflicht der durch einen Rückgang des Konsums besonders geschädigten Arbeiterklasse, also der Böttcher und Brauer, energisch die neue Steuer als überhaupt das heutige System zu bekämpfen. Prenß, Brauer, Stralauer-Kammelfabrik, meinte, daß die Brauereibesitzer diese Sache zwar in ihrer Art zum Ausdruck zu bringen gesucht, aber vergessen hätten, die Brauereigesellen zu ihrer Versammlung einzuladen. Jene Herren stehen auf einem anderen Standpunkt, lehnen sich nicht an die

Ueberbehauptung dieser neuen Besteuerung, und werden dieselbe einestheils auf die Konsumenten, andererseits auf die Brauereigesellen abwälzen, indem sie einfach den Arbeitslohn herabsetzen. Müller, Böttcher, weist nach, daß durch die Branntweinsteuer Frankreichs, welche von einem Zoll von 40 Mark pro Hektoliter jetzt auf 90 Mark gestiegen, 45 pCt. der Böttcher brotlos geworden sind. Wiedemann, Brauer, hält es ebenfalls für notwendig, gegen diese Steuer Front zu machen. Die Brauer in der erwähnten Versammlung hätten es abgelehnt, das Bier zu verteuern, somit müsse der Prozentgehalt herabgesetzt werden, was wohl kaum noch möglich sein dürfte. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Stadtverordneten Meyer, vollständig einverstanden und erhebt energisch Protest gegen eine in Aussicht genommene Mehrbelastung des Bieres, weil diese nur am meisten von der Arbeiterbevölkerung getragen wird. Auch ist die Versammlung der Ansicht, daß durch eine Mehrbelastung des Bieres der Branntweinkonsum erhöht und somit der Trunksucht Vorschub geleistet würde. Des Weiteren erklären sich die Versammelten gegen eine Steuererhöhung, weil deren Ertrag zum Behen eines Sonstigen verwendet werden soll, welchem sich die klassenbewußte Arbeiterschaft konsequent gegenüber stellen muß.

Zu Punkt 2: Stellungnahme zum Bierboycott der Brauerei Evora und Meyer in Jülich wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige Versammlung erkennt den Boycott als getreulich an und verpflichtet sich in jeder Weise die Gewerkschaft von Jülich zu unterstützen. Sie empfiehlt der hiesigen Streik-Kontrollkommission, die erforderlichen Schritte zu veranlassen.

Der Kollege Steier, welcher beantragt war, in den Brauereien das Nützliche zu den Gewerbegerichts-Wahlen zu veranlassen, theilt mit, daß die Brauereigesellen in der Brauerei Friedrichshain wohl freie Wohnung hätten, allein trotz ihrer Eigenschaft als freie Arbeiter aus ihrem Logis nicht herauskommen und somit auch nicht zu den Gewerbegerichts-Wahlen gehen könnten. In Happold's Brauerei sei einem Kollegen, der die Brauer zur Eintragung in die Wählerlisten habe auffordern wollen, einfach die Thür gewiesen worden. In der Norddeutschen Brauerei dürften weder der „Vorwärts“ noch sonstige derartige Zeitungen gehalten werden. Schlimme Zustände herrschen in der National-Brauerei. Hier seien Kollegen, die der Arbeiterschaft nahe standen, vor die Alternative gestellt worden, aus der Vereinigung auszutreten oder ihrer Arbeit verlustig zu gehen. Hierzu wurde folgender Antrag angenommen:

Die heutige Versammlung stellt den Antrag an die Delegierten der Brauer und Böttcher, die Angelegenheit Steier der Streik-Kontrollkommission zu überweisen.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW, Beuthstrasse 2.

Folgende Gesetzbücher-Ausgaben unseres Verlages empfehlen wir zur Anschaffung:

Das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland

in ausführlichen Erläuterungen zum Preussischen Vereinsgesetz vom 11. März 1850 und einer Uebersicht des Vereins- und Versammlungsrechts nach den reichsrechtlichen und landesrechtlichen Vorschriften.

Mit einem Anhang,

eine Zusammenstellung des Textes der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Bestimmungen über Vereins- und Versammlungsrecht und alphabetischem Sachregister.

VIII u. 210 Seiten, 8°. Preis elegant gebunden 2,50 M., in braunen Fädelband gebunden 3 M.

Unentbehrlich für die Vorstände der politischen Vereine und Gewerkschaften in allen deutschen Bundesstaaten.

Ferner:

Kranken-Versicherungs-Gesetz

vom 15. Juni 1883
in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892.

Mit erläuternden Anmerkungen, einem Anhang, enthaltend: die Ausdehnung der Unfall- und Kranken-Versicherung, die Unfall- und Kranken-Versicherung der in land- und for-wirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, und das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen, und alphabetischem Sachregister.

Taschenformat. — Eleg. cart. 285 Seiten. — Preis 1,20 M.

Mit dem 1. Januar 1893 erlangt die Krankenversicherungs-Novelle Gesetzeskraft.

Gesetz, betr. die Gewerbegerichte.

Vom 29. Juli 1890.
Mit erläuternden Anmerkungen, einer Uebersicht des Inhalts des Gesetzes und alphabetischem Sachregister.

Taschenformat. — Eleg. cart. 96 Seiten. — Preis 50 Pf.

Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich

vom 21. Juni 1869
in der Fassung des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883 und unter Berücksichtigung der durch die Gesetze vom 8. Dezember 1884, 23. April 1886, 6. Juli 1887 und 1. Juni 1891 eingeführten Veränderungen.

Mit erläuternden Anmerkungen und alphabetischem Sachregister.

Zweite, durch die Ausführungs-Bestimmungen des Bundesraths vermehrte Auflage.

Taschenformat. — Eleg. cart. 306 Seiten. — Preis 1 M.

Verfassung des Deutschen Reichs

nebst Wahlgesetz für den Reichstag und Wahlreglement.

Taschenformat. — Eleg. cart. 64 Seiten. — Preis 30 Pf.

Die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter

nach dem Reichsgesetz vom 22. Juni 1889 kurz und übersichtlich dargestellt.

Zum Handgebrauch für alle bei der Ausführung des Gesetzes Beteiligten.

Mit ausführlichem Sachregister und den Uebergangs-Bestimmungen des Gesetzes.

68 Seiten. — Preis broschirt 25 Pf.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungs-Expeditoren nehmen Bestellungen entgegen.

Bei Aufträgen von außerhalb wolle man den Betrag (Porto extra) beifügen.

August Schulze
35 Kommandanten-Strasse 35
1. Etage [1934 L]

empfehlen sein Lager in massiven Ringen, Ketten, Korallen, Granaten etc.

Bitte auf Haus- No. zu achten.

Richard Raehmer, Juwelier und Goldarbeiter,
Verkauf von Gold-, Silber- u. Alfenidwaren u. Uhren.
Werkstatt für Neuarbeiten, Vergoldungen, Veräuberungen u. Reparaturen
schnell u. billig. Gravirungen von 1,50 M. an. 3165L

Echter Langensalz'a'er Kautabak
von Gebrüder Adler.
31068

Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend.
Cigaretten-Engros-Lager in den Preislogen von M. 25,- bis M. 100,-
Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20.

Spielwaren.
R. Kohhardt, Brandenburgische Str. 3.
Große Auswahl von Neujahresarten.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstrasse 2.

Erst erschienen:

Hefte 32
(Schlußheft des 2. Bandes)

der

Reden und Schriften Ferd. Lassalle's
(Vollständig in ca. 50 Hefen à 20 Pf.)
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungs-Expeditoren und Kolporteurs entgegen.

Ein grosser Posten schadhafter

Steppdecken
à 3, 4, 5 M. Werth das Doppelte!
circa 1000 Stück schwere buntdarbige

Normal-Schlafdecken
mit kleinen Maschinenflecken! In reizendem Jaquard-Mustern! Größe 150 x 200 cm.
pro Stück 4 M. 50 Pf.

Sonst. Preis 9 M. Seltener Gelegenheitskauf: Echte Kamelhaar- und Normal-Schlafdecken, feinsthart! à St. 10, 15 u. 18 M. Sonstiger Preis 11, 16, 30 u. 36 M. Memo illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- u. Schlafdecken gratis und franco. 33382

Steppdecken-Fabrik

Emil Lefèvre,
Berlin S., Oranienstrasse 158.
Verband gewissenhaft gegen Nachahmer.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.**
Keine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaren
C. Wunsch, Naunhoferstr. 38, u. d. Oranienplatz

Volksseife.
Rein, mild, vortheilhaft. Stück 10 Pf.
In Geschäften pfeifend, in Cartons zu 3 Stück und 6 Stück. Für Wiederverkäufer zu haben bei 33008

Max Köhler, Dresdenstr. 33, II.

Klinik, Neue Ross-Str. 3, I.
Vollständig schmerzlos!!
Zahnziehen u. 1 M. Zahnfüllen u. 2 M.
Zahnrad von 3 M. Alb. Cohn,
pract. Zahnarzt. Poliklinik von entgeltlich 8-9, 12-1, 5-6. 33012

Weißbierbrauerei Albert Bier,
begründet 1792. [3344L]
Berlin O., Stralauerstr. 3-6,
Fernsprecher: Amt V, 1056,
empfehlen

feinstes Tafelweißbier,
Brauerei-Abzug.
30 halbe oder 15 ganze Liter-
flaschen für 8 Mark.

Eigene Ausschanklokale:
1) Stralauerstr. 3-6, Oekonom
W. Witte.
2) Friedrichstraße 83, Ecke Ros-
marinstraße 4, Rowalk.

Sonntagschen mit 10 pCt. Rabatt bei kleinen Einkäufen von 1 M. ab. Zunderwaren, Marzipan am besten und billigsten bei 33983L

J. Sturm, Münzstraße Nr. 6, an der Kochstraße.
J. Sturm (Jub. Karl Weinhardt), Neue Königstr. 42.
Fr. Reisch, Glaser- und Gartenstraßen-Ecke.

**Teppiche!!!
Gardinen!!!
Steppdecken!**
am billigsten in der Fabrik von **J. Brünn,** Hackescher Markt 4.
Stadtbahnhof Böse.

**66. Anzüge, Winter- 66.
nach Maß, werden hochlegant angefertigt bei Karle. 32798**

Resterhandlung 66. Waldemarstraße 66.

Kleine Wohnungen jetzt [34262] **sehr billig**
Ewinenänderstr. 44 zu veranlassen.

Abrechnung von den Stadtverordneten- Wahlen im 15., 25. und 26. Wahlbezirk am 27. Sept. cr.

Einnahme.	
Von Zeller-Sammlungen . . .	164,50
Auf 149 Sammellisten . . .	953,25
Extra . . .	10,00
Summa	1027,75
Ausgabe.	
Für Abschreiben der Wahllisten	121,20
Schreibmaterialien . . .	6,50
Druckfachen . . .	243,25
Inspektionskosten . . .	48,40
Kosten am Wahltag . . .	78,90
Posten, Naumpostkarte . . .	15,55
Summa	513,80
Einnahme . . .	1027,75
Ausgabe . . .	513,80
Reicht ein Ueberschuß von 513,95	
Der Ueberschuß ist den Vertrauensleuten des Kreises überwiesen. Wir denken im Sinne der Ueber gehandelt zu haben. 33471	

Ortskrankenkasse der Möbel- polierer zu Berlin.

Sonntag, den 17. d. Mts.,
Abends 7 1/2 Uhr,
findet im Lokale „Königsbaum“, Frankfurterstraße 117 eine Versammlung der Mitglieder der Kasse, sowie deren Arbeitgeber, welche ein Drittel zu den Beiträgen leisten, statt.

Tages-Ordnung: Wahl von 18 Arbeitgeberdelegirten und 50 Kassenmitgliedervertretern. 2627

Die Versammlung der Arbeitgeber beginnt um 7 1/2 Uhr; die Versammlung der Kassenmitglieder beginnt um 9 Uhr. Mitgliedsbuch resp. letzte An- oder Abmeldung legitimirt. Der Vorstand.

Knopfarbeiter!

Heute, Donnerstag, Abends 8 Uhr bei Joh. Andreassstraße 21:
Öffentliche

Bersammlung der Gruppe 5.
Es gilt noch einen Ersatzkandidaten zum Gewerbegericht aus unserer Branche aufzustellen. Deshalb ersuche die Knopfarbeiter, recht zahlreich in dieser Bersammlung zu erscheinen. 19212

J. A. P. Schneider,
NO., Friedrichsbergerstraße 14.

Achtung! Knopfarbeiter!

Die Sperre über die Fabrik von H. Kasche, Köpnickersstraße 33a, ist hiermit aufgehoben. 19213

Die Streik-Kommission.

Der Zentral-Arbeitsnachweis des Verbandes aller in der Metall- Industrie beschäft. Arbeiter Berlins und Umgegend befindet sich

Wallstraße 7-8.
(Fernsprecher Amt I Nr. 2636.)
Derselbe ist täglich geöffnet von 7 bis 12 Uhr Vorm. und von 3-6 Uhr Nachm. Die Arbeitsvermittlung geschieht für sämtliche Branchen der Metallindustrie, und zwar für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer unentgeltlich. Die Ausgabe der offenen Stellen findet statt für Klempner, Rohelager und Gehilfen Vorm. von 8-9, Nachm. von 8-4 Uhr, für Schlosser, Treiber, Mechaniker und Schmiede Vorm. von 9-10, Nachm. von 4-5 Uhr, für Gürtler, Füller, Formier, Schleifer, sowie für sämtliche Hilfsarbeiter Vorm. von 10 bis 11 Uhr, Nachm. von 5-6 Uhr. Arbeitgebern wie Arbeitnehmern zur Benutzung bestens empfohlen. 4798

Der Vorstand.
Parteilose suchen sofort kleines möbl. Zimmer, Nähe des Kottb. Thores. Wegert, Adalbertstr. 4 bei Herschleb. 548b